



Nr. 3

März 2005
Jahrgang 57
D 4713

metall

Das Monatsmagazin



Familie, Beruf, Gewerkschaft

Diese Frauen machen uns Mut

► Arbeitnehmerbegehren

Kampf um die Köpfe

► Personal-Service-Agenturen

Dumpinglöhne weit verbreitet

Ratgeber

Bildungsurlaub

Wie sich Arbeitnehmer
ihr Recht
auf Lernen sichern

»Palaver-Sendung«

metall 1-2/2005: »Initiative neue soziale Marktwirtschaft«
Das Netzwerk der Sabine Christiansen

► Ich empfinde diese Talkshow seit langer Zeit als Palaversendung. Daher schaue ich sie mir auch nicht mehr an. Sie ist einseitig, da mehr oder weniger Wirtschaftsbosse und Politiker Recht bekommen. Alles wird dramatisiert und hochgepuscht und einen Arbeitnehmervertreter lässt Frau Christiansen nur am Rande zu Wort kommen. In meinen Augen wird ganz klar in eine Richtung gesteuert. In unserer kostbaren Freizeit brauchen wir nicht noch mehr negative Diskussionen.

Ariane Diemann, per E-Mail

► Regelmäßig sehe ich die Sendung von Sabine Christiansen und empfinde sie als gut moderiert. Ob wirtschafts- oder sozialpolitische Themen: Im-

Warum kaputt arbeiten?

metall-Titel 1-2/2005: Ältere im Betrieb: »Weg vom Jugendwahn«

► Langsam verstehe ich die Welt nicht mehr. Noch vor einiger Zeit hatte sich die IG Metall auf die Fahnen geschrieben: »Rente mit 60!« Jetzt plädiert sie dafür, die Arbeitsbedingungen so zu ändern, dass Ältere länger im Betrieb bleiben können (müssen?). Als Gewerkschafter sollten wir dafür kämpfen, dass die Arbeitsbedingungen generell so gestaltet sind, dass alle arbeitenden Menschen nicht an der Arbeit kaputt gehen, unabhängig vom demographischen Faktor. Der Inhalt eines Menschenlebens kann doch nicht nur die Arbeit sein. Wer 40 oder 45 Jahre mit seiner Arbeit zum Reichtum anderer, auch zum Reich-

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

»Wohl dem, der den modernen TV-Konsum verweigert und ein zeitgenössisches Buch zu Rate zieht.«

mer sind entsprechenden Experten geladen, die zu Wort kommen – und sogar das Publikum wird nach seiner Meinung gefragt.

G. Fenger, Duisburg

► Ihr Bericht zeigt erschreckend, wie wir Arbeitnehmer manipuliert werden in der angeblichen Presse- und Medienfreiheit. Andererseits wird deutlich, mit welchen Mitteln das kapitalistische System aufrecht erhalten wird. Es gibt nur eine Möglichkeit, der Sendung zu entgehen: Ausschalten!

Maksimilijan Leskosek, Heiligenhaus

► Ihr Bericht war sehr gut. Wir brauchen Kämpfer, um den geplanten Sozialabbau zu verhindern.

Paul Paternoga, Köln

tum des Staates und der Gesellschaft beigetragen hat, hat es verdient, rechtzeitig in Rente zu gehen und sein Leben zu genießen.

Werner Bäumler, Betriebsratsvorsitzender bei Zarges GmbH, Peiting

Deutscher als Deutsche

metall 1-2/2005: Streitfrage »Leitkultur statt Multikulti«

► Es kann einem schon einen Schrecken einjagen, wie platt dieses Thema diskutiert wird. Die einen behaupten im Grunde, »die multikulturelle Gesellschaft ist ausgeträumt«. Die anderen – aus Angst, es könnte ihnen vorgeworfen werden, sie seien integrationsunfähig, Multikulti sei längst Realität. So kann weiter gemacht werden. Mit Aussagen wie »Ausländer seien nicht integrationsfähig« und den Begründungen »Ausländer seien bestens inte-



Foto: VISUM / Jens Neumann

Fast immer allein unter Männern: Sabine Christiansen

griert«. Es fehlt nicht viel, dass behauptet wird, Ausländer seien deutscher als Deutsche.

Berardino Di Croce, Sindelfingen

► Auf Seite elf wurden die Personennamen unter den Bildern falsch zugeordnet. Ich hoffe, ihr könnt dies richtig stellen.

Josef Berger, Wetter an der Ruhr

Anmerkung der Redaktion:
Aufgrund eines technischen Fehlers sind die Bilder vertauscht worden.

Lob und Tadel

metall 1-2/2005: Das Märchen vom billigen Atomstrom

► Ich kann euch nur gratulieren! Gut finde ich, dass ihr so ein Umweltthema bringt und dabei aufzeigt, dass die weniger gefährlichen und regenerativen Energien vielen Menschen Arbeitsplätze bieten.

Karola Misiak, Gütersloh

► Der Bericht hat mich gefreut und verdient meine volle Zustimmung. Nur der Eingangssatz hat mich irritiert: Nicht erst »heute wissen wir es besser«. Schon vor 30 Jahren, waren das genau unsere Argumente. Nur wollte sie damals keiner hören.

Emmerich v. Beöczy, Dohnsen

► Nach diesem Artikel müssen wir IG Metall-Mitglieder (rund 2000 HEW-Beschäftigte) – und zum Teil auch bekennende Kernenergiebefürworter – uns fragen, ob wir von der Gewerkschaft überhaupt noch richtig vertreten sind.

Thomas Dreyer, stellvertr. VK-Gruppensprecher und IG Metall-Vertrauensmann bei HEW Krümmel VENE

► Wir sind sehr betroffen vom Artikel. Wir bangen um unsere Arbeitsplätze in den kerntechnischen Anlagen der beiden Kernkraftwerke der VENE GmbH, während der Autor ganz locker die zukünftige Energieversorgung in Deutschland ohne Atomstrom beschreibt, obwohl wir in Zeiten des politischen Konsens darüber leben. Mehr Ausstieg geht gar nicht, sonst bläht der Wind auch gegen die ständigen Subventionen der Alternativen Energien durch noch mehr Steuerbelastungen der Stromverbraucher.

Karl-Heinz Haarke, Hamburg, Betriebsrat bei HEW

metall-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Fax: 069-6693-2000
E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Die vollständige metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Gerade jetzt Mut beweisen

► Der 8. März, der Internationale Frauentag: Ein Tag der Resignation? Ja. Weil Frauen von Chancen- und Lohngleichheit immer noch weit entfernt sind. Doch sollen die Frauen deshalb den Kopf hängen lassen? Nein! Es gibt über vierhunderttausend Metallerinnen, die jeden Tag beweisen, dass sich etwas verändern lässt. 20 von diesen Metallerinnen werden in dieser Ausgabe vorgestellt. Ihre Porträts machen Mut, den 8. März doch zu feiern.

► Viele Gründe zum Feiern gibt es derzeit leider nicht. Trotz fetter Gewinne der Konzerne in 2004 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen. Arbeitnehmer sind offensichtlich nur noch Kostenfaktoren, die Renditen von bis zu 25 Prozent im Weg stehen. Die größte Entgleisung leistete sich Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank. Ein Profit von 2,5 Milliarden Euro steht ein Abbau von 6400 Jobs gegenüber. Ein ähnlich trauriger Fall: die Siemens-Tochter Sinitec. Trotz Siemens-Rekordgewinne sollen bei Sinitec 643 Arbeitsplätze vernichtet werden. Solche Ankündigungen zeigen vor allem eins: Wir brauchen endlich Manager, die mehr soziale Verantwortung übernehmen.

► Wirtschaftsminister Wolfgang Clement setzt allerdings blauäugig auf Jobvermehrung durch Hartz IV. **metall** hat sich deshalb die Personal-Service-Agenturen näher angesehen. Das Ergebnis: Viele Agenturen betreiben drastische Lohnrückerei.

► Die vermeintlichen Reformen in Deutschland brauchen also einen Gegenpol. Deshalb setzt die IG Metall das Arbeitnehmerbegehren fort. Ziel der Kampagne: Alternativen aufzeigen. Dazu gehören Vorschläge zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sowie Konzepte zur Sicherung des Sozialstaats.

► Alternativen zu den üblichen Reformen werden künftig auch die »Monatsökonom« vorstellen. Den Anfang der Kolumne macht in dieser Ausgabe der Nationalökonom Albrecht Müller.

Alternativen

Das Arbeitnehmerbegehren geht in die zweite Phase

Seite 7



Foto: Michael Schinke



Foto: VISUM / Panos Pictures / Piotr Malecki

Stahl

Jetzt muss sich der Boom auch in den Löhnen und Gehältern niederschlagen

Seite 22



Foto: Cordula Giese

Monatsökonom

Albrecht Müller schreibt über das Standortgejammer der Arbeitgeber

Seite 28

Magazin

Monteure machen mobil 4
Berlin: Marschieren die Nazis? 5
Proteste in Frankreich 6
Arbeitnehmerbegehren in 2. Phase . . . 7

Das Thema

Personal-Service-Agenturen:
So werden die Löhne gedrückt. 8

Zur Sache

Berthold Huber:
Gutes Geld für gute Arbeit 10

Streitfrage

Antidiskriminierungsgesetz:
Gesetz oder Appell? 11

Report

Zahntechniker:
Widerspruch zahlt sich aus 12

Titel

Frauen in der IG Metall:
Diese Metallerinnen machen Mut. . . 14

Branchennews

Kfz-Handwerk:
Neue Mitglieder im Tarifkampf. 20

Branchenreport

Stahlindustrie:
Die Hütten strotzen vor Kraft 22

Ratgeber

Bildungsurlaub sichern 24
Ratgeber zur Altersteilzeit 26
Impressum 26

Der Monatsökonom

Albrecht Müller
über den Irrweg von Steuersenkungen
für Unternehmen und Reiche 28

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel. . . 30

Porträt

Zu Besuch bei
Wolfgang Becker 31

Regionales

Aus den Bezirken. 32
Lokales/Karikatur 35

Monteure

»Bundesweit Akzente gesetzt«

Rund 4000 Monteure sind am 14. Februar bundesweit auf die Straße gegangen. Grund: Die Arbeitgeber wollen den Montagezuschlag für die rund 30 000 Monteure streichen.

Allein in Düsseldorf zogen über 1600 Monteure durch die Stadt. Ziel war die Adresse des nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbandes. Die Metalller protestierten gegen die geplanten Lohnkürzungen.

Zur gleichen Zeit legte im Frankfurter Bankenviertel ein Autokorso den Verkehr lahm. Aber auch in Ber-

lin, Hamburg, Stuttgart und Hannover hagelte es Proteste. Keine Frage: Die Monteure sind wütend. Bisher erhalten sie 13 Prozent Montagezuschlag auf ihr Grundentgelt. Damit werden

ihre besonders schwierigen Arbeitsbedingungen wie beispielsweise die ständig wechselnden Arbeitsstellen oder die schwierigeren Umweltbedingungen auf den Baustellen honoriert.

Doch die Mobilität der Monteure ist den Arbeitgebern offenbar nichts mehr wert. Daher haben sie den



Düsseldorf: »Bei Wind und Wetter«

Foto: Manfred Vollmer



Protestzug in Frankfurt: »So springt man nicht mit Arbeitnehmern um«

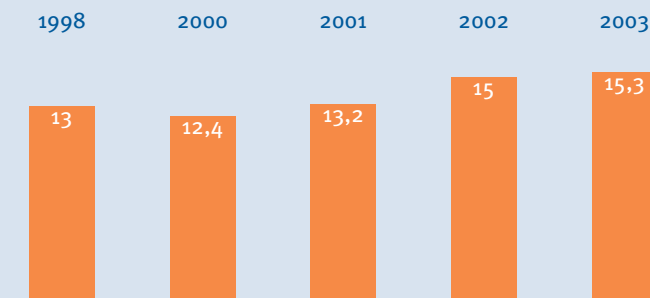
Bundesmontage-Tarifvertrag (BMTV) gekündigt und blockieren jetzt weitere Verhandlungen. Ihre Forderung: Der Montagezuschlag soll weg.

Olivier Burkhard, Leiter der Tarifabteilung beim IG Metall-Vorstand: »So springt man nicht mit Arbeitnehmern um, von denen ein Höchstmaß an Mobilität verlangt wird und die selbst bei Wind und Wetter auf der Baustelle sein müssen.«

Tatsächlich würden die Monteure durch den Coup der Arbeitgeber monatlich zwischen 300 und 500 Euro verlieren. Werner Seipp, Betriebsratsvorsitzender im Thyssen Krupp-Regional-Center West (Frankfurt am Main), während der Protestaktion in Frankfurt: »Wir haben heute bundesweit Akzente gesetzt. Wenn die Arbeitgeber nicht verhandeln, besuchen wir sie in Berlin.«

Mehr Arme, mehr Reiche

Prozentsatz der Bevölkerung, die in Armut leben



Quelle: DIW

Die Kluft zwischen Armen und Reichen in Deutschland hat sich seit Amtsantritt der rotgrünen Bundesregierung deutlich vergrößert, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt. Der Erhebung zufolge lebt heute fast jeder sechs-

te Bundesbürger in Armut. Als arm gilt nach EU-Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens vergleichbarer Haushalte verdient. Und das heißt: Für eine Familie mit vier Mitgliedern sind dies etwa 1550 Euro pro Monat. ◀

Opel

Weniger Kündigungen

Bei Opel werden an den Standorten Bochum, Kaiserslautern und Rüsselsheim statt 6500 nur rund 6000 Beschäftigte mit Abfindungen ausscheiden. »In den Verhandlungen über die Umsetzung der Sanierung haben wir die Zahl reduziert«, verkündete Gesamtbetriebsratsvorsitzender Klaus Franz. Wenn die Bilanz dieser ersten Sanierungsmaßnahme gezogen würde, werde man wohl ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen sein.

Der angestrebte Zukunftsvertrag soll spätestens Anfang März stehen. Die Beschäftigten seien weiter bereit, auf übertarifliche

Zulagen zu verzichten und die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten. Es fehlten aber noch »wesentliche Zusagen« des Managements über die Zukunft aller drei Werke.

Unterdessen verlangten die Arbeitnehmervertreter im Opel-Aufsichtsrat eine Sondersitzung des Gremiums. Sie wollen wissen, was der 1,55 Milliarden Euro teure Rückzug der Mutter General Motors aus dem Joint Venture mit Fiat für die Beschäftigten bedeutet. Franz sieht keine Auswirkungen. Der europäische Rahmenvertrag räume den Beschäftigten »sehr weitgehenden Schutz« ein. ◀

Berliner Polizei und der 8. Mai

Lanze für die Neonazis

Der Berliner Polizeipräsident will verhindern, dass am 8. Mai in Berlin an die Schrecken der NS-Herrschaft erinnert wird. Stattdessen sollen Nazis marschieren.

Schon am 4. Oktober 2004 hat eine gewerkschaftsnahe Kulturinitiative eine Aktion beim Polizeipräsidenten angemeldet. Sie will am 8. Mai vor dem Reichstag an die Schrecken des Krieges und die Nazi-Herrschaft erinnern. Die Aktion ist an das Brecht-Gedicht »Legende vom toten Soldaten« angelehnt; das Gedicht sollte dabei von der Brecht-Tochter Hanne Hiob gelesen werden.

Anfang Dezember 2004 meldete Polizeipräsident Dieter Glietsch »erhebliche Zwei-



Foto: Cino

Naziaufmarsch in Berlin: »JN-Aufzug wäre vorrangig zu behandeln«

fel« an der Veranstaltung an. Außerdem liege »bereits seit dem 4. November 2004 eine Anmeldung für einen Aufzug der Jungen Nationaldemokraten (JN) für den 8. Mai 2005« vor. Daher »wäre der Aufzug der JN (...) vorrangig zu behandeln«.

Die Berliner IG Metall hat die JN-freundliche Haltung des Polizeipräsidenten in einem Brief kritisiert und ihn im Falle einer Nazi-Aktion gewarnt: »Wir halten es gesellschaftspolitisch für notwendig, unsere Mitglieder in den Betrieben über mögliche Aufmärsche der Nazis zu informieren, damit sie dagegen protestieren können.«

»Bild« gibt klein bei

Rechtsstreit mit Jürgen Peters beigelegt

Eine Hetz-Kampagne gegen den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters, kam das Boulevard-Blatt »Bild« teuer zu stehen. Die Zeitung gab in einem Rechtsstreit klein bei und zahlte an Jürgen Peters eine Entschädigung in einer Höhe von 12 500 Euro.

Im Oktober vor zwei Jahren hatte das Blatt behauptet, Jürgen Peters hätte »Luxus-Villen« in Hannover erworben und

sei mit den Mietern »unsozial« umgegangen. Insbesondere »Bild«-Hannover war federführend in der Kampagne gegen die IG Metall.

Alles Hetze, denn die Fakten sind ganz anders: Peters hat mit sieben weiteren Partnern in Hannover zwei sanierungsbedürftige Häuser gekauft. Keinem Mieter wurde nach dem Erwerb gekündigt. Keiner zum Auszug gezwungen.

Diese Fakten hat nun wohl auch »Bild« anerkannt und tief in die Tasche gegriffen. Die 12 500 Euro spendete Jürgen Peters an verschiedene Projekte. Zum einen an das IG Metall Jugendprojekt Escola Nacional in Brasilien. Schecks erhielten auch die Organisationen »Ärzte ohne Grenzen«, der »Solidaritätsdienst International« sowie das »Asphalt-Magazin Hannover«.

Randstad

Erfolg vor Gericht

Das Frankfurter Arbeitsgericht hat die Betriebsratswahlen bei Randstad, Region Mitte, vom Sommer 2004 für ungültig erklärt (Aktenzeichen 15 BV 409/04). Einen entsprechenden Antrag hatten Metaller und die IG Metall gestellt, nachdem bei der Wahl Unregelmäßigkeiten bekanntgeworden war (**metall** berichtete). So war die Stim-

menauszählung nach der Wahl entgegen der Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes nicht öffentlich. Und ohne Öffentlichkeit, begründete das Arbeitsgericht seine Entscheidung, »kann gerade nicht ausgeschlossen werden, dass es während der Stimmauszählung zu Fehlern gekommen ist«. Dieter Vogt, Metaller bei Randstad in Köln:



Foto: Jöker

Randstad: »Neuwahlen«

»Sobald das Urteil rechtskräftig ist, werden wir Neuwahlen organisieren.«

Außenansicht

Studiengebühren

Selektives System

Am 26. Januar hat das Bundesverfassungsgericht die Errungenschaft eines gebührenfreien Erststudiums gekippt. Mehrere unionsgeführte Bundesländer haben schon für nächstes Jahr Erststudiumsgebühren angekündigt: Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg sind dabei Vorreiter. Zugang zur Hochschule haben dann nur noch diejenigen, die genügend Geld haben.



Foto: privat

Nele Hirsch, Vorstandsmitglied im Studierendenverband fzs

Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen. Zum

Auftakt wollen wir am 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften demonstrieren. Im Anschluss sind Protest- und Aktionswochen an den Hochschulen geplant. Der gemeinsame Protest ist uns wichtig, denn nur so kann es uns gelingen, ein sozial gerechtes und demokratisch organisiertes Bildungssystem und eine ebensolche Gesellschaft zu erstreiten. Es geht nicht nur um »ein paar Hundert Euro«, wie oft polemisch behauptet wird. Die Studiengebühren werden ein höchst selektives Bildungssystem noch selektiver machen, ein weiterer Schritt hin zu einem marktförmig geprägten Bildungssystem. Anstelle gemeinsamen Lehrens und Lernens dominiert darin die individuelle Konkurrenz.

Schon heute sind Bildungschancen ungleich verteilt: Nur rund zehn Prozent der Studierenden kommen aus finanziell schwachen Familien. Daher wäre eine Reform des gesamten Bildungssystems nötig, die sich an dem Ziel der sozialen Durchlässigkeit orientiert.

Köpfe

Hans-Jürgen Uhl (53), Mitglied des Bundestags und Betriebs-

ratsmitglied bei VW Wolfsburg, wurde vom polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski mit dem Verdienstorden der Republik Polen ausgezeichnet. Uhl hat sich seit den

80er Jahren für die Aufklärung der Zwangsarbeit bei VW eingesetzt. Außerdem fahren auf Initiative Uhls jährlich VW-Azubis nach Auschwitz, um bei Reparaturen des Mahnmals zu helfen. ◀

Annegret Finke (52), Betriebsratsmitglied und Leiterin des Vertrauenskörpers im Thyssen Krupp-Stahlwerk Hamborn, wurde mit dem »Duisburger Preis für Toleranz und Zivilcou-

rage« ausgezeichnet. Die Metallerin engagiert sich gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Finke: »Solidarität wird zwar gepredigt, aber angesichts der Konkurrenz

um Arbeitsplätze endet die Umsetzung am Werkstor.« ◀

Christos Prassas (58), bis Ende 2004 Betriebsratsvorsitzender bei Bauknecht (Schorndorf), wurde am letzten Arbeitstag vor der Rente noch mal von der Werksleitung so richtig geärgert. Die weigerte sich auch nach stundenlangen Verhandlungen, Befristete zu übernehmen. Prassas verließ daher großlos das Chefzimmer, knallte die Tür zu, packte seine Sachen und verließ das Werk Richtung Ruhestand. ◀

Frankreich

500 000 für die »35«



Proteste in Paris: »Höhere Löhne statt längere Arbeitszeiten«

Über 500 000 Menschen haben Anfang Februar in ganz Frankreich für die Erhaltung der 35-Stundenwoche demonstriert. »Höhere Löhne statt längerer Arbeitszeiten« war auf vielen Transparenten zu lesen und an allen Veranstaltungsorten zu hören.

Zu den Aktionen in insgesamt 118 Städten hatten sämtliche französische Gewerkschaften sowie linke Parteien wie die »Parti Socialiste« (PS) aufgerufen. Die PS hatte die »kurze Woche« im Jahre 2000 eingeführt, die rechte Regierung unter Raffarin will sie jetzt wieder aufweichen und die Arbeitszeiten flexibilisieren, so dass bis zu 48

Wochenstunden gearbeitet werden kann.

Derzeit beraten die französischen Gewerkschaften, wie es mit ihrem Widerstand weitergeht. CGT-Chef Bernard Thibault: »Wenn wir immer mehr werden, wird die Regierung ihre Haltung ändern müssen.«

Mit den Protesten gegen längere Arbeitszeiten wächst auch der Widerstand gegen die EU-Verfassung. So stimmten auf der CGT-Vertreterversammlung im Februar 82 Prozent der Teilnehmer mit »Nein«. Auch in der PS gibt es Widerstand. Mit der Verfassung, befürchtet etwa Laurent Fabius, driftet Europa in eine »neoliberale« Richtung. ◀

Sinitec

»Arbeitsplatzabbau nicht hinnehmbar«

Rund 400 Sinitec-Beschäftigte aus ganz Deutschland haben vor der Siemens-Aktionärsversammlung in München für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Die Siemens-Tochter will 643 von insgesamt 1126 Arbeitsplätzen vernichten.

Auf 30 grabsteinähnlichen Tafeln – jede symbolisierte einen Standort – wiesen die Metaller darauf hin, wieviele Arbeitsplätze jeweils vernichtet werden

sollen. »Siemens schwimmt im Geld, und wir sollen baden gehen«, stand auf einem Plakat. An Wäscheleinen waren hunderte Farbfotos betroffener Kollegen aufgehängt.

Michael Leppke von der Münchner IG Metall erinnerte daran, dass die Konzernmutter Siemens im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 3,4 Milliarden Euro eingestrichen hat. Auch vor diesem Hinter-

5. Weltsozialforum
Kontra Neoliberale

Rund 155 000 Menschen aus 135 Ländern haben auf dem 5. Weltsozialforum in Porto Alegre (Brasilien) über die Folgen der Globalisierung diskutiert. Unter den Teilnehmern waren zahlreiche Gewerkschafter aus der ganzen Welt, darunter auch eine Delegation der IG Metall. Lothar Wentzel, Delegationsmitglied: »Porto Alegre hat wichtige Kontrapunkte zur neoliberalen Globalisierung gesetzt. Für ein paar Tage spürte man, wie eine weltweite Bewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Zukunft aussehen könnte.«

Deutliche Kritik wurde beispielsweise am immer stärkeren Zugriff von Industrieländern und multinationalen Konzernen auf natürliche Ressourcen wie etwa das Wasser geübt.

Aber auch Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte waren ein wichtiges Thema. Wentzel: »Wir haben viel mit brasilianischen Gewerkschaftern diskutiert. Die brasilianischen Kollegen starten jetzt eine Kampagne für kürzere Arbeitszeiten und interessierten sich für unsere Erfahrungen im Kampf um die 35-Stundenwoche.« ◀



Aktionen bei den Aktionären: »Siemens schwimmt im Geld«

grund sei es »nicht hinnehmbar«, dass jetzt im Computerservice 60 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. ◀

Arbeitnehmerbegehren

Phase Zwei beginnt

Fast jede Woche gibt es neue Angriffe auf den Sozialstaat. Kaum ein Tag vergeht an dem die Arbeitgeber nicht mit Arbeitsplatzabbau drohen. Und jeden Sonntag werden bei »Sabine Christensen« vermeintliche Reformen als Allheilmittel gepriesen.

Es reicht. Die IG Metall hält politisch dagegen. Und deshalb geht das Arbeitnehmerbegehren jetzt in die zweite Phase. Der Unterschriftensammlung im vergangenen Jahr folgen weitere Vorschläge und Aktivitäten für eine solidarische Erneuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialstaat.

Denn: Das Arbeitnehmerbegehren ist eine Reaktion auf den neoliberalen Zeitgeist, der den Märkten alle Macht geben will. Die Kampagne »Arbeitnehmer-

begehren – Unsere Alternativen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« ist zunächst bis zur Bundestagswahl 2006 geplant. Die sechs Schwerpunkte des Aktionsprogramms:

- Sicherung der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags,
- Ausbau der Mitbestimmung,

- Förderung von Wachstum und Beschäftigung
- Durchsetzung einer solidari-schen Einfachsteuer,
- Ausbau und Erneuerung des Sozialstaats und
- Verbesserung des Bildungssystems sowie der Aus- und Weiterbildung.



Alternativen gegen den neoliberalen Zeitgeist: »Für Gerechtigkeit«

ARBEITNEHMER-BEGEHREN

Bildung Botschafter einer sozialen Politik

Das Arbeitnehmerbegehren soll ein deutliches Signal in die IG Metall und an die Öffentlichkeit senden. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wird dies unterstützen. Geplant sind drei neue Seminarkonzepte. Diese Seminare werden für die örtliche und regionale Bildungsarbeit entwickelt. Das Ziel: die Ausbildung von rund 6000 Multiplikatoren gegen den Neoliberalismus und für gewerkschaftliche Alternativen. Die Multiplikatoren werden die künftigen Botschafter des Arbeitnehmerbegehrens. Diese Metallerinnen und Metal-ler sollen vor Ort, in den Betrieben, die Aufklärungsarbeit gegen den Mainstream führen.

Nachgefragt ...

Alternativen für einen gerechten Sozialstaat

»Wir führen den Kampf um die Köpfe weiter«

... bei Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall

dreiviertel Millionen Debatten in den Betrieben geführt wurden. Auf der anderen Seite hatte ich mir in einigen Bereichen – nicht nur in der IG Metall – mehr Engagement gewünscht.

metall: Nun kommt die zweite Phase des Arbeitnehmerbegehrens. Welche Erwartungen gibts an die Mitglieder?

Peters: Wir führen den Kampf um die Köpfe weiter. Mit dem Arbeitnehmerbegehren wollen wir den Reformlügen etwas entgegensetzen. Wir wollen uns auch mit Blick auf die Bundestagswahlen 2006 noch stärker als politische Akteure einmischen. Hierbei sind alle Mitglieder gefordert.

metall: Was heißt das konkret?

Peters: Wir kämpfen für den Erhalt eines solidarischen Sozialstaats, für eine gerechte Gesellschaft und für den Erhalt unserer Arbeitsplätze. Wir werden zeigen, dass die Gewerkschaften keine Blockierer sind, sondern realisierbare Vorschläge haben. Und wir werden uns weiterhin gegen die Aushebelung von Tarifverträgen zur Wehr setzen.

metall: Und was heißt das für die von Unternehmern häufig geforderte Arbeitszeitverlängerung?

Peters: Bei über 5 Millionen Arbeitslosen ist dies nicht nur kontraproduktiv. Dieser Weg führt in die Irre. Selbst wenn das die Arbeitgeber und einige Politiker

nicht begreifen wollen.

metall: Das heißt, der politische Druck seitens der Gewerkschaften wird zunehmen?

Peters: Ja, der Druck muss zunehmen.

metall: Und wie soll dieser Druck aufgebaut werden?

Peters: Wir werden die politischen Forderungen mit den betrieblichen Auseinandersetzungen verbinden. Und wir werden unsere Mitglieder mobilisieren. In den Betrieben, in den Regionen, in den Bezirken.

metall: Soll sich diese Debatte denn nur auf die IG Metall beschränken?

Peters: Nein. Wir laden alle im DGB vertretenen Gewerkschaften und andere gesellschaftlichen Kräfte ein, sich zu beteiligen. Je mehr Menschen sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen, desto besser.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, setzt große Hoffnung in das Arbeitnehmerbegehren. Im Gespräch mit Metall erklärt er warum.

metall: Im November wurden im Rahmen der ersten Phase des Arbeitnehmerbegehrens eine dreiviertel Millionen Unterschriften gesammelt. War das zufriedenstellend?

Peters: Auf der einen Seite ja. Denn eine dreiviertel Millionen Unterschriften heißt, dass eine



Hand in Hand mit der Schmutzkonkurrenz

Die neuen Personal-Service-Agenturen (PSA), Herzstück der umstrittenen Hartz-Gesetze, bezahlen häufig mit Billigtarifen der Schmutzkonkurrenz. Trotzdem kommen sie nicht in Schwung. Bundesweit wurden gerade mal 28 000 Erwerbslose eingestellt – 500 000 waren das Ziel.

Der Weg zur Frankfurter Personal-Service-Agentur GVA (»Gesellschaft für Vermittlung in Arbeit«) ist verwinkelt. Lange Flure, Treppen, ein Wartezimmer – und dahinter endlich das Büro. Die Leiterin Monika Broszies strahlt – vielleicht, weil sich ihre Agentur noch über Wasser hält. »Wir vermitteln Arbeitslose, die motiviert und sofort einsetzbar sind«, sagt Broszies. Für maximal neun Monate. Wer bis dahin noch nicht in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gelandet ist, muss als Arbeitsloser zurück zur Arbeitsagentur.

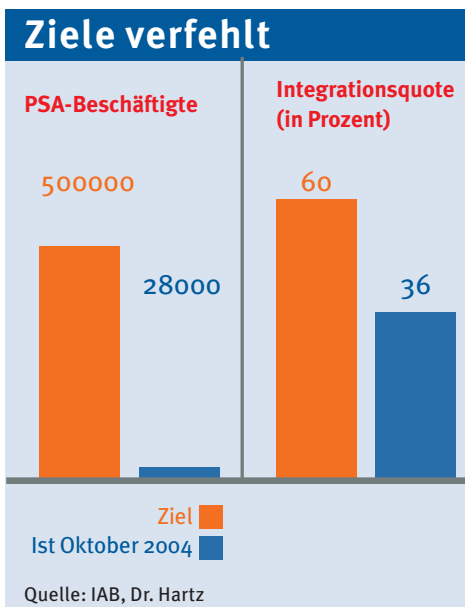
Keine Frage: Wer von der GVA als Leiharbeiter beschäftigt wird, hat Glück. Immerhin winkt eine neunmonatige Chance, während der sogar ein Tarifvertrag für Zeitarbeiter gilt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat ihn mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) abgeschlossen. Er sieht für die unterste Lohngruppe immerhin 7,02 Euro Stundenlohn vor. Im Dickicht der bundesweit rund 900 Personal-Service-Agenturen ist das längst keine Selbstverständlichkeit. »Viele Erwerbslose verändern sich bei uns positiv, schöpfen neuen Mut«, freut sich die GVA-Leiterin.

Wirklich viele? Die Frankfurter Personal-Service-Agentur wollte beim Start vor einhalb Jahren 50 Arbeitslose unter Vertrag nehmen, um sie ausschließlich im Hotel- und Gaststättengewerbe unterzubringen. Doch von diesem Ziel hat sich Broszies längst verabschiedet, der Arbeitsmarkt im Frankfurter Hotel- und Gaststättengewerbe

gab einfach nicht soviel her. Gerade mal zwölf ausgewählte Arbeitslose hat sie heute noch unter Vertrag – obwohl die Agentur für Arbeit, früher mal Arbeitsamt genannt, für jeden einzelnen Prämien zahlt; das Geld wird von den Arbeitnehmern mitfinanziert – über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Die GVA will künftig sogar Langzeitarbeitslose einstellen und vermitteln. Die Prämien vom Arbeitsamt sind verlockend und erlauben günstige Preise für die Entleihbetriebe. »Wir helfen damit, das Arbeitgeberisiko zu vermeiden«, lockt Broszies potentielle Arbeitgeber. »Sie erproben risikolos. Keine langen Kündigungsfristen, Sie bleiben flexibel.« Entlehene GVA-Leute, die während der neun Monate den Entleihbetrieb wieder verlassen müssen, werden von der PSA weiterbezahlt. Viele Agenturen wie »Maatwerk« hat das in kurzer Zeit in den Ruin getrieben.

Dafür wittern andere das Geschäft mit dem Verleih Arbeitsloser. In Prenzlau (Uckermark) hat beispielsweise die »afz« (Stammsitz: Schweinfurt) eine Filiale aufgemacht – ausgerechnet in den Räumen der pleite gegangenen »Maatwerk«-PSA; »afz«,



lobte Bereichsleiterin Constanze Hildebrandt von der zuständigen Agentur für Arbeit in Eberswalde, habe mit der »besten Mischung aus Konzept und Preis« überzeugt. Insgesamt hatten sieben Agenturen ihre Unterlagen eingereicht.

Der Inhalt des sensationellen Konzepts: »afz« bezahlt die eingestellten Erwerbslosen nach einem unchristlichen »Tarifvertrag«, den eine sogenannte »Christliche Gewerkschaft Zeitarbeit und PSA« (CGZP) mit der »Mittelstandsvereinigung Zeitarbeit e.V.« (heute AMP, Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister) vereinbart hat. Danach liegt das Einstiegsgehalt bei gerade 5,60 Euro je Stunde, das sind 33 Cent weniger als das Entgelt, das beispielsweise der Tarifvertrag zwischen dem DGB und dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) vorsieht.

Ein ostdeutsches Problem? Wohl kaum, denn die Schmutztarife der CGZP sind auch bei westlichen PSA begehrt. So bezahlt die Essener Unternehmensgruppe »Inter-temp«, die bundesweit rund 25 PSA-Agenturen betreibt, ihre von den Arbeitsagenturen übernommenen Leute nach dem CGZP-Tarif; und die PSA der IHK-Akademie Oberfranken (Bayreuth) hat sich auf den Tarif festgelegt, den der Interessenverband Nordbayerischer Zeitarbeitsunternehmen (INZ) mit den »Christen« vereinbart hat – mit einem Entgelt von 6,80 Euro in der untersten Lohngruppe. Dirk Schumann, beim IG Metall-Vorstand für Leiharbeit zu-

ständig: »Der Tarifvertrag von DGB und BZA sieht in den alten Ländern 7,02 Euro vor und bietet darüberhinaus Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten: Je nach Einsatzdauer im Entleihbetrieb steigt der Stundenlohn auf bis zu 7,55 Euro. Bei den Christen ist bei 6,80 Euro Schluss.«

Die Bundesagentur für Arbeit spielt die Lohndrückerei unverdrossen mit und verschließt vor dem Treiben der PSAs bisher die Augen. Pressesprecher Ulrich Waschki: »Wir prüfen nur, ob es einen zulässigen Tarifvertrag gibt. Alles andere interessiert uns nicht« (siehe Interview unten).

Doch selbst mit ihren Dumpinglöhnen verfehlen die PSA – vor gut zwei Jahren als das Herzstück der gesamten Arbeitsmarktreform eingeführt – die hochgesteckten Erwartungen. So rechnete die Bundesregierung im Juni 2002 vor, über die »flächendeckende Einrichtung von Personal-Service-Agenturen« könnten 500 000 Arbeitslose beschäftigt werden. Die meisten von ihnen, kündigten die »Experten« der Hartz-Kommission an, würden im Anschluss an die Zeitarbeit in der PSA eine feste Beschäftigung finden:

»Die PSA erzielt mit rund 60 Prozent Eingliederung höhere Quoten als normale Zeitarbeit« (»13 Module zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Reform der BA« vom 21. Juni 2002).

In Wirklichkeit standen Ende Oktober 2004 lediglich 28 000 ehemals Erwerbslose unter Vertrag. Die Integrationsquote,



Essener Unternehmensgruppe »Inter-temp«:
Unchristliche Tarifverträge mit der CGZP

also der Anteil ehemaliger Erwerbsloser, die über die PSAs in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fand, lag lediglich bei 36 Prozent; die meisten Verträge dürften befristet sein. Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus. ◀

Fritz Arndt

Nachgefragt ...



... bei Jürgen Ulber,
im IG Metall-
Vorstand in Frank-
furt am Main für
Betriebsverfassung-
und Unternehmens-
recht zuständig.

metall: Wie hoch schätzt Du den Anteil der PSAs, die unsere Tarifverträge unterlaufen?

Ulber: Rund 40 Prozent. Diese Agenturen betreiben eine gnadenlose Lohndrückerei, auch die Entgelte unbefristeter Beschäftigter werden auf diese Weise angegriffen.

metall: Die Bundesagentur für Arbeit hält die Tarifverträge mit sogenannten Christlichen Gewerkschaften für legitim.

Ulber: Das ist verantwortungslos. Nach unserer Kenntnis ist nicht ein einziger Leiharbeiter Mitglied einer christlichen Tarifgemeinschaft. Von daher fehlt es den »Christen« nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts an der sozialen Mächtigkeit und Durchsetzungsfähigkeit in Tarifkonflikten. Diese Rechtsauffassung wird in der Literatur überwiegend geteilt.

metall: Nach Angaben der Bundesagentur sind die Tarifverträge gesetzlich anerkannt ...

Ulber: ... von wem denn? Es gibt nicht einmal ein Anerkennungsverfahren.

metall: Was unternimmt die IG Metall gegen die Schmutzkonkurrenz?

Ulber: Wir sind gerade dabei, in mehreren Verfahren die Nichtigkeit der christlichen Tarifverträge einzuklagen. Diese Verfahren ziehen sich leider in die Länge.

metall: Wieso?

Ulber: Arbeitgeber und Agenturen schaffen es immer wieder, klagende Kollegen mit dicken Abfindungen zur Rücknahme ihrer Klage zu bewegen. In dem Fall müssen wir wieder von vorne anfangen.

metall: Müsstest nicht schon die Arbeitsagenturen gezwungen werden, nur mit seriösen PSAs zusammenzuarbeiten?

Ulber: Dieses Thema werden wir jetzt verschärft angehen, zumal viele Arbeitsagenturen fortgesetzt gegen das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz verstoßen.

metall: In welcher Weise?

Ulber: Die Verleiher wechseln ständig die Tarifverträge, halten sie nicht ein, gründen Töchter und Briefkastenfirmen. Den Gaunern in der Branche muss das Handwerk gelegt werden. ◀



**Berthold Huber,
Zweiter Vorsitzender
der IG Metall**

Lohn- und Gehalts- erhöhungen schaffen Aufschwung

Es bleibt dabei: Im Volumen 2,7 Prozent mehr Entgelt erhalten alle Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie ab 1. März 2005. 0,7 Prozent davon fließen 2006 in die ERA-Strukturkomponente. »Gesamtmetall« hat ein dreiviertel Jahr lang versucht, die Tarifierhöhung nach unten zu rechnen. Sie wollten eine Klausel im Tarifvertrag zu ihren Gunsten nutzen. Dort haben wir festgelegt, die Erhöhung der Entgelte zu verän-

investieren, ohne etwas zu riskieren. Darum werden wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in den nächsten Jahren fordern, was uns zusteht: eine angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt. Für besondere betriebliche Ausnahmesituationen sind unsere Tarifverträge flexibel genug. Generelle Absenkungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind mit der IG Metall nicht zu machen!

»Gesamtmetall« will noch nicht einmal die vermögenswirksamen Leistungen den Beschäftigten zugestehen.

Die Metall-Arbeitgeber haben eine Anschlussvereinbarung verweigert. Der Tarifvertrag befindet sich deshalb seit 1. Februar 2005 in der Nachwirkung: Alle Mitglieder der IG Metall, die vor dem 1. Februar 2005 eingetreten sind, haben weiterhin einen Rechtsanspruch auf die vermögenswirksamen Leistungen. Wir werden uns mit keiner Billig-Lösung zufrieden geben. Beschäftigte sollen nach unseren Vorstellungen auch wählen können, ob sie die vermögenswirksamen Leistungen in Zukunft für

Gutes Geld für gute Arbeit – auch in Zukunft!

dern, wenn sich das wirtschaftliche Wachstum anders entwickelt als im Februar 2004 von den Tarifparteien eingeschätzt.

Die IG Metall lässt sich von Fakten überzeugen, nicht von verbandspolitischen Interessen. Auch die Arbeitgeberseite musste jetzt einräumen, dass die wirtschaftliche Entwicklung so verlaufen ist, wie wir es vor einem Jahr angenommen haben. Deshalb bleibt es bei den 2,7 Prozent mehr im Volumen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende ab 1. März 2005. Die Beschäftigten brauchen diese Einkommensverbesserungen dringend. Lohnkürzungen sind Gift für jedes Wirtschaftssystem. Autos kaufen keine Autos. Nur Beschäftigte, die angemessenes Geld für ihre Leistung bei der Arbeit erhalten, schaffen den Aufschwung. Jeder Euro, der ausgegeben wird, bedeutet einen kleinen Schub für unsere Wirtschaft. In Deutschland geben die Menschen zuwenig aus, darum lahmt unsere Ökonomie. Damit wir aus dieser Abwärtsspirale wieder herauskommen, muss auch in Zukunft gelten: gutes Geld für gute Arbeit. Dann kann man

die betriebliche Altersversorgung nutzen. Gute Arbeit für gutes Geld – das gilt auch für alle anderen Branchen. In der Stahlindustrie, wo eine Tarifrunde ansteht, läuft das Geschäft sehr gut. Darum muss es eine angemessene Erhöhung der Entgelte geben. Wie überall setzen wir auch dort unsere Interessen nur mit einer starken IG Metall durch. Ohne IG Metall und ohne Tarifverträge gibt es weder Anspruch auf mehr Geld, noch auf sichere Arbeitsplätze. Deshalb gilt für alle Branchen, gerade in diesen schwierigen Zeiten: Bitte Mitglied werden und wer schon drin ist, bitte Mitglieder werben.

Berthold Huber

Antidiskriminierungsgesetz

Gesetz oder Appell?

Das von der EU vorgeschriebene Gesetz soll Benachteiligung im Arbeits- und Geschäftsleben unter Beachtung der Diskriminierungsmerkmale Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität, ethnische Herkunft und Rasse verhindern. Die CDU/CSU befürchtet, dass Arbeitgeber in ihrer Vertragsfreiheit eingeschränkt werden.



Foto: Stefan Boness/jppn

»Appelle an den gesunden Menschenverstand reichen nicht aus«

Ursula Engelen-Kefer (DGB)

metall: Die CDU/CSU hält das Gesetz für bürokratisch und hinderlich für den Arbeitsmarkt. Warum?

Laumann: Als erstes möchte ich sagen, dass natürlich jeder vernünftige Mensch gegen Diskriminierung ist. Deutschland muss die EU-Richtlinien umsetzen, das ist klar. Aber das muss nicht heißen, ein Gesetz zu schaffen, das Dinge regelt, die bereits geregelt sind. In Deutschland gibt es einen ausgeprägten gesetzlichen Arbeitnehmerschutz, den andere Länder nicht haben: Großbritannien oder Schweden zum Beispiel regeln den Arbeitnehmerschutz über ein Antidiskriminierungsgesetz. Damit hätten wir eine doppelte Regelung – das halte ich für sehr engmaschig.

Engelen-Kefer: Aber wir erleben in Deutschland nach wie vor erhebliche Diskriminierung und Benachteiligungen – gerade gegenüber Frauen, älter werdenden Arbeitnehmern, Ausländern oder Behinderten. Appelle an den gesunden Menschenverstand und Verweise auf das Grundgesetz sind einfach nicht ausreichend. Durch die geplante Einrichtung einer gesetzlichen »Antidiskriminierungsstelle« werden Menschen aus verschiedensten Personengruppen die Möglichkeit haben, der Diskriminierung, der sie im Alltagsleben oder im Beruf ausgesetzt sind,

einen Riegel vorzuschieben ...

metall: ... was die Arbeitgeberverbände auch für nicht nötig halten ...

Laumann: ... denn ein Arbeitgeber muss sich selbstverständlich um seine Belegschaft kümmern und sie vor Diskriminierung schützen. Aber das Gesetz schränkt die Unternehmer bei ihrer Tätigkeit enorm ein. Ein praktisches Beispiel: Wie wählt der Arbeitgeber bei einer Neueinstellung den passenden Bewerber aus? Er hat sich nur an objektive Tatsachen zu halten – wie Zeugnisse, Schulnoten und Prüfungszeugnisse. Stellt er nach dem Bewerbungsgespräch fest, dass er den Kandidaten mit den weniger guten Noten für geeignet hält, weil er besser in das Unternehmen oder zum Team passt oder ihm einfach sympathischer ist, kann sich der Mitbe-



Foto: Bernd Thiesen/dpa/Inw

»Das Gesetz schränkt Arbeitgeber in ihrer Vertragsfreiheit ein«

Karl-Josef Laumann (CDU)

Der Hintergrund

Haben Arbeitnehmer in Deutschland genügend Rechte? Ist das Grundgesetz bei Antidiskriminierung ausreichend? Geht der rot-grüne Gesetzentwurf über die EU-Vorgaben hinaus? In unserem Streitgespräch diskutieren: Karl-Josef Laumann, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Moderation: Antonela Pelivan

werber schon diskriminiert fühlen und wird unter Umständen gegen die vermeintliche Benachteiligung klagen.

Engelen-Kefer: Es geht nicht darum, dass man irgendwelche Vermutungen als Grundlage nimmt, um große Verfahren in Gang zu setzen. Es müssen Tatsachen vorgelegt werden, und zwar von dem, der sich diskriminiert fühlt. Wenn ein Fall von Benachteiligung vorliegt, muss der Arbeitgeber diesen Vorwurf widerlegen. Das wird – anders als die Arbeitgeber vermuten – nicht dazu führen, dass Gerichte mit Klagen überschwemmt werden. Das wurde bereits beim Schwerbehindertengesetz vorhergesagt – und die Flut von Klagen ist ausgeblieben.

Laumann: Sobald ein Arbeitgeber seine Ent-

scheidungen über die Wahl seines Personals nicht mehr offen treffen kann, ist er in seiner Freiheit eingeschränkt. Schließlich geht es auch um das Prinzip der Vertragsfreiheit.

Engelen-Kefer: Der Alltag ist doch völlig anders. Tatsache ist: In vielen Betrieben werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diskriminiert. Die Fälle werden aber gar nicht öffentlich gemacht, weil die oder der Benachteiligte sich derzeit alleine mit seinem Arbeitgeber auseinandersetzen muss. Wenn jemand um seinen Arbeitsplatz bangt, wird er kaum eine Einzelklage gegen seinen Chef führen. Wahrscheinlich würde er dann noch mehr diskriminiert – oder rausgeschmissen.

Laumann: Künftig soll der Arbeitgeber sogar aufpassen, ob sich Arbeitnehmer untereinander diskriminieren. Wie bitte soll er das machen? Meiner Meinung nach schießt die Regierung mit dem Gesetzentwurf weit über das Ziel hinaus.

Engelen-Kefer: Eben nicht. Das Gesetz gibt dem Einzelnen die Möglichkeit, sich gegen Benachteiligungen zu wehren. Betriebsräte und Gewerkschaften haben die Chance, Diskriminierung im Betrieb aufzugreifen. Damit werden Einzelfälle und Strukturen erfasst. So kann sich insgesamt die Einstellung zu Diskriminierung ändern. Ich bin froh, dass das Gesetz auf den Weg gebracht wird. ◀



»Da geht es um Macht«

Azubi Matthias Koschek hat es als erster Zahntechniker-Azubi gewagt, gegen die mächtige Innung vor Gericht zu ziehen. Unqualifizierte Prüfer hatten ihn bei der Prüfung durchfallen lassen. Fälschlicherweise, urteilte das Gericht.

Die mündliche Prüfung dauerte ungewöhnlich lange. Eine gute Stunde löcherten die Ausschuss-Mitglieder die angehenden Zahntechniker mit ihren Fragen. Dann war es endlich geschafft. Matthias Koschek hatte ein gutes Gefühl. Die Prüfung, da war er sich sicher, hatte er bestanden.

Umso härter traf ihn das Ergebnis: »durchgefallen«. Ehrlich überrascht platzte der Auszubildende heraus: »Das glaube ich nicht.« Als ihm die Prüfer erklärten, dass er im Fach Technologie die erforderlichen 50 Prozent um 0,1 Prozentpunkte verfehlt hatte, konnte er nicht mehr an sich halten. »Ich konnte einfach nicht glauben, dass sie mich wegen 0,1 Prozent durchfallen ließen.« In der festen Überzeugung, dass seine Leistung ausreichend war, verließ Matthias Koschek den Prüfungsausschuss mit den Worten: »Wir sehen uns dann noch.«

Das war Ende 2002. Tatsächlich sahen sich der Auszubildende aus Neustadtgödens nahe Oldenburg und seine Prüfer kurz darauf wieder: vor dem Verwaltungsgericht Hannover. Mit Hilfe seiner Gewerkschaft, der IG Metall, hatte er gegen sein Prüfungsergebnis geklagt und bekam schließlich Recht. Nach langem Hin und her stimmte die Niedersächsische

Zahntechnikerinnung (NZI) Ende letzten Jahres einem Vergleich zu und erklärte die Prüfung für bestanden. Heute, mehr als zwei Jahre später, hält Matthias Koschek seinen Gesellenbrief als Zahntechniker endlich in der Hand.

Der Handwerksberuf Zahntechniker/Zahntechnikerin ist 1998 auf Initiative der IG Metall mit Regierungsvertretern neu geordnet worden. Er verbessert die Zukunftschancen der Jugendlichen. Im Betrieb werden die Azubis aber oft alleine gelassen, die neue Ausbildungsordnung ist oft nicht mal bekannt. Die IG Metall hat daher eine Arbeitshilfe erarbeitet, die nützliche Tipps erhält. Bestellung per Telefon: 069-6693-2647.

Die Innung habe bei der Prüfung mehrere Fehler gemacht, erklärt Richard Bald, Mitglied im Fachausschuss Zahntechnik der IG Metall. »Die Neuordnung, die für den Beruf seit 1998 gilt, verlangt selbstständiges Planen und Arbeiten von den Auszubildenden«, erklärt Bald. »In der Prüfung wird aber noch immer lexikalisches Wissen abgefragt.«

Hätte sich Matthias Koschek nur auf einen formalen Fehler berufen, wäre die Prüfung zwar aufgehoben worden; er hätte sie aber noch einmal ablegen müssen. Für den Auszubildenden keine Lösung: »Der Prüfungsausschuss hätte mich wieder durchfallen lassen. In Niedersachsen hätte ich meinen Gesellenbrief niemals bekommen.« Schließlich hatte er sich mit dem Arbeitgeberverband seines Berufsstands angelegt.

Wer das wagt, muss auf Einiges gefasst sein, weiß Herbert Weber, beim Vorstand der IG Metall zuständig für das Handwerk. »Da geht es nicht mehr um die Frage: Wer hat Recht? Da geht es um Macht.«

Das wollten Koschek und sein Anwalt nicht riskieren. Stattdessen nahmen sie sich die Aufgaben vor und zeigten, dass einige Antworten falsch bewertet und der Auszubildende um wertvolle Punkte gebracht worden war. »Solche Fehler können passieren«, gesteht Bald, »dann entschuldigt man sich, und die Sache ist erledigt.«

Nicht so die Niedersächsische Zahntechnikerinnung. Sie begann erneut herumzurechnen, gab die ihr nachgewiesenen Fehler zu, zog aber bei anderen Aufgaben Punkte ab und kam erneut zu dem Ergebnis: nicht be-

standen. Als Koscheks Anwalt vorschlug, ein Gutachten einzuholen, krittelte die Innung an jedem Vorschlag herum. Einen Universitätsprofessor lehnte sie etwa ab, weil er nicht Handwerker und deshalb nicht qualifiziert sei.

Das Gericht griff schließlich durch und bestellte einen Gutachter aus Düsseldorf. Der Zahntechnikermeister bestätigte, dass der Auszubildende zu Unrecht durch die Prüfung gerasselt war. Doch die Innung blieb uneinsichtig. Sie zweifelte an der Kompetenz des Düsseldorfer Handwerkers. Erst als das Gericht einen Vergleich beschloss, stimmte sie schließlich zu.

Bereits seit einigen Jahren wundert sich Peter Anders, Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Oldenburg/Wilhelmshaven, über die hohen Durchfallquoten und schlechten Abschlussnoten bei Zahntechnikern seiner Region. »Wir hatten hier in der Schule schon Einser-Kandidaten, die in der Prüfung nur ein ausreichend geschafft haben.« Das könne nicht an den Auszubildenden liegen.

Für den Gewerkschafter liegt das Problem bei der Innung, mit der sich die IG Metall bereits seit längerer Zeit über die Umsetzung der neuen Ausbildungsordnung streitet. Während die Berufsschule in Oldenburg nach der Neuordnung unterrichte und ausbilde, werde bei Prüfungen noch immer nach überholtem Ausbildungsplan gefragt. Für die Auszubildenden wird so jede Prüfung zum Glücksspiel. Das merkte auch Mat-



thias Koschek. »Die Prüfung hatte wenig mit dem zu tun, was wir gelernt hatten.«

Dass sie gegen die Innung wenig ausrichten kann, merkte die Gewerkschaft immer wieder. Eine Beschwerde beim Niedersächsischen Kultusministerium verlief im Sande, erzählt Anders. »Das Ministerium fragte bei der Handwerkskammer nach und die Handwerkskammer bei der Innung. Die Innung erklärte, alles sei in Ordnung. Und dann ging die Antwort den ganzen Weg zurück, und es passierte nichts.«

Für Herbert Weber vom IG Metall-Vorstand gibt es allerdings Anzeichen, dass die Neuordnung noch nicht überall angekommen ist (siehe Interview). Schließlich kostet die Umsetzung auch Geld. »Die Innung

müsste ihre Prüfer besser qualifizieren und die Gesellen in den Betrieben schulen. Außerdem würde die Ausbildung teurer, wenn die Betriebe die Neuordnung ernst nähmen. Heute sind die Auszubildenden in vielen Betrieben nur eine billige Arbeitskraft. Das muss sich ändern.«

Die Prüfungen sind für die Innungen ein recht einträgliches Geschäft. Pro Gesellenprüfung zahlen die Betriebe rund 550 Euro, und für überbetriebliche Ausbildungsstätten erhalten die Innungen ordentliche Zuschüsse vom Staat. Zudem zählt die Abnahme der Prüfungen zu den letzten bedeutsamen Aufgaben der Innung. Ohne die Prüfungen bliebe ihr das »für ihre Mitglieder, die Sterbekasse und die Kranzspende«, erklärt Weber.

Um den Auszubildenden praktisch unter die Arme zu greifen, will die IG Metall ihren Mitgliedern im Raum Oldenburg/Wilhelmshaven Prüfungsvorbereitungen anbieten, sagt Peter Anders. »Wir planen Zweitages-Seminare, in denen wir mit ihnen Fragen durchgehen, die sie in den Prüfungen gestellt bekommen.«

Noch sind IG Metall-Mitglieder rar unter den Zahntechnikern. Das, so hofft Matthias Koschek, könnte sich ändern. An seiner Berufsschule sind bei der letzten Prüfung wieder neun durchgefallen. »Die wollen jetzt auch klagen«, erzählt Koschek. »Ohne Gewerkschaft hätte ich das nicht geschafft.«

Fabienne Melzer

Nachgefragt...



...bei Herbert Weber, beim IG Metall-Vorstand für das Zahntechniker-Handwerk zuständig

metall: Ignorieren die Innungen die neue Ausbil-

dungsordnung für Zahntechniker?

Weber: Einige Anzeichen sprechen dafür, dass es bei ihnen wenig Interesse gibt, die Neuordnung umzusetzen.

metall: Welche?

Weber: Das ging schon bei der Neuordnung des Berufsbilds los. Obwohl das Ministerium dazu aufgefordert hat, die

Ausbildung zu überarbeiten, haben die Arbeitgeber dies über Jahre verschleppt. **metall:** Jetzt gibt es sie aber.

Weber: Ja, aber sie muss in den Betrieben ankommen. Da strengt sich die Innung nicht besonders an. Viele Innungen haben noch nicht einmal einen Ausbildungsrahmenplan. Für mich heißt das: Sie fördern die Neuordnung in ihren Mitglieds-Betrieben nicht besonders. Lieber alles beim Alten lassen ist ihre betriebsnahe Auffassung, bloß keine Veränderungen.

metall: In Niedersachsen hat ein Auszubildender seinen Gesellenbrief eingeklagt. Die Innung hatte bei seiner Prüfung offenbar Fehler gemacht. Kommt das häufiger vor?

Weber: Bestimmt, aber der Auszubildende ist der erste, der gegen die Zahntechniker-Innung geklagt hat. Selbst wenn Auszubil-

dende ungerecht bewertet werden, brauchen sie schon viel Courage, um sich gegen solche Willkür zu wehren. Sie laufen Gefahr, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren. Und wer sich einmal mit der Innung angelegt hat, findet nicht so einfach einen neuen Arbeitsplatz; dreieinhalb Jahre Ausbildung wären umsonst.

metall: Was rätst du den Azubis im Zahntechniker-Handwerk?

Weber: Sie sollten in die IG Metall eintreten. In unserem Fachausschuss Zahntechnik gibt es Fachleute, die sie beraten können, und bei einem Rechtsstreit können sie sich kostenlos vertreten lassen. Und in allen Betrieben, in denen es rechtlich möglich ist, sollte ein Betriebsrat gegründet werden. Der macht sich für die Rechte der Auszubildenden stark.

Diese Metallerrinnen machen Mut



Foto: Kristina Jentzsch

Gabriele Mack

Die Sekretärin pendelt bei der Bettenfirma Badenia zwischen Chefetage und Arbeitnehmervertretung. Um den Erhalt ihres eigenen Arbeitsplatzes hat sie hart kämpfen müssen.

Nadine Ernsting-Krienke

Die Braunschweigerin ist die erfolgreichste Nationalspielerin im Damen-Hockey. In Athen holte sie in der Nationalmannschaft olympisches Gold. Sie hat bei VW einen Sportlerarbeitsplatz, der sie für Training und Spiele freistellt.



Foto: Novum / Schmidt

Jutta Blankau

Frauenpower an der Küste: Die Hamburgerin ist die erste Bezirksleiterin der IG Metall. Außerdem ist sie Mutter, Ehefrau und Hamburger SPD-Vizechefin. Ganz oben auf ihrer Agenda: »Ich will mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.«



Foto: Kristina Jentzsch

Barbara Beck

Sie ist Betriebsratsmitglied bei BMW in München und Sprecherin der Frauen in der Automobilindustrie beim IG Metall-Vorstand. »Frauen haben in der IG Metall einen besonderen Stellenwert. Darauf sind wir stolz.«



Foto: BMW AG

Die netten Zeiten sind vorbei

Kaum Ausbildungsplätze für Mädchen. Zu wenig Ganztagsbetreuung für die Kinder berufstätiger Mütter. Viel zu wenig Chefinnen. Immer mehr sozialversicherungsfreie Mini-Jobs für Frauen. Derzeit gibt es wirklich keinen Grund zum Jubeln. Doch alles wird besser, sagt eine Schweizer Studie. Dass Frauen auch anders können, das beweisen die fast 440 000 Frauen in der IG Metall jeden Tag aufs neue. **metall** stellt 20 mutige Metallerrinnen vor, einige vorbildliche Betriebe und die Probleme beim Beantragen von Elternteilzeit.

Texte: Heide Platen, Gabriele Prein, Susanne Rohmund

Männer, zieht Euch warm an. Den Frauen gehört die Zukunft. Die netten Zeiten sind vorbei. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des renommierten Schweizer Gottlieb-Duttweiler-Instituts, »Die Zukunft der Frau«. »Der Besitzstand der Männer ist derzeit ernsthaft in Gefahr«, fand Autorin Karin Frick heraus.

Zwar wird der Kampf um Jobs zwischen Mann und Frau immer härter. Und noch haben die Männer oft Vorteile, weil sie sich auf Tradition und alte Netzwerke stützen können. Aber das dürfte sich bald verändern, verspricht die Studie. Der Grund: Weibliche Eigenschaften wie Kommunikation, Sozialkompetenz und Kreativität sind in Arbeitswelt und Gesellschaft gefragt wie nie zuvor. »Und dieser weibliche Stil unterscheidet sich markant von den gleichförmig grauen Anzugträgern«, sagt die Autorin. Ihre Meinung: »Das Ansehen der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft steigt überproportional zu dem der Männer.«

Frauen werden ehrgeiziger und wollen vermehrt Verantwortung und Führungsrollen übernehmen. Deshalb wird auch die Zahl der Unternehmerinnen überproportional ansteigen. Frauen arbeiten, führen und suchen den Kick an der Börse. Sie gewinnen Nobelpreise, suchen sich jüngere Liebhaber und gehen fremd. Künftig wird es also Gleichstellungsprobleme für Männer geben. Die Buben sind laut Studie die neuen Sorgenkinder der Gesellschaft. In Amerika hat Präsidenten-Mutter Barbara Bush deshalb einen Verein für unterdrückte Jungs gegründet. Starke Mädchen, arme Buben: Das heißt aber auch, Frauen werden mehr gefördert und Männer mehr gefördert werden.

Die Wirtschaft selbst tut den Frauen übrigens laut Studie den größten Gefallen: Dank Konsumgüterherstellern gibt es immer mehr Entlastung bei der Hausarbeit wie Fertigen, Haushaltsgeräte und künftig sogar Roboter. Berufstätigkeit wird dadurch für Frauen einfacher und zur Regel. Und auch das Kinderkriegen soll bald keine Nachteile mehr bringen. Zum einen wird die Kinderbetreuung professionalisiert. Zum anderen ermöglicht die Medizin, Babys auch weit über die vierzig zu bekommen. Zuvor können Frauen sich voll auf Beruf und Karriere konzentrieren und müssen sich nicht von den Männern überholen lassen.

Fazit: Die Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten vom schwachen zum starken Geschlecht gewandelt. Und selbst wenn nur die Hälfte der Prognosen der Schweizer Studie eintritt, macht das Mut. ◀

Diese Metallerrinnen machen Mut

Kirsten Rölke

Hat viele Hüte auf. Die wichtigsten: Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall – zuständig für Frauen-, Gleichstellungs- und Sozialpolitik – und im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Erfahrungen für ihre Jobs sammelte die Mutter eines Sohnes als langjährige Erste Bevollmächtigte in Flensburg.



Foto: privat

Anja Pauseback

Sie ist Kommunikationselektronikerin bei Siemens in Braunschweig und steht im Betrieb ihren Mann. In ihrer Freizeit malt die Metallerrin abstrakte Bilder.



Foto: Kristina Jenzsch

Christel Johann-Eggers

Ihre Karriere als Ingenieurin bei Opel gab sie vor zwei Jahren auf, um Full-Time-Betriebsrätin zu werden. Die letzten Wochen waren Stress pur: rund um die Uhr Opelaner beraten, ob und wie sie aus dem Unternehmen ausscheiden. »Da braucht man viel Lebenserfahrung.«



Foto: privat

Carmen Bahlo

Betriebsratsvorsitzende bei ZF Brandenburg. Von 3000 Stellen im früheren DDR-Betrieb auf heute 600 abzubauen, war kein Pappenstiel. Und als Frau in einem reinen Männerbetrieb? Kein Problem: »Im Osten haben wir da nie Unterschiede gemacht.«



Foto: privat

Diese Metallerrinnen machen Mut



Foto: Kristina Jentzsch

Gretel Bogdahn

Die Rentnerin war bis zur Schließung der Elbe-Werft kämpferische Betriebsrätin. Heute ist sie im Arbeitslosenverein »Dau Wat« aktiv.

Stefanie Gottschlich

Die Kauffrau und Metallerrin bei VW Wolfsburg wurde als Außenverteidigerin mit der deutschen Nationalmannschaft Weltmeisterin im Frauenfußball.



Foto: Kristina Jentzsch



Foto: privat

Maria Schmid

Früher Textilerin, heute Metallerrin mit Leib und Seele. Als Leiterin der IG Metall-Nebstelle Cham hält sie die weit verstreuten Gewerkschaftsmitglieder in der Region Regensburg zusammen – vor allem die Frauen.

Regina Jebril

Die Industriekauffrau setzt als ABB-Betriebsrätin auf Vernetzung. Sie ist Initiatorin eines überbetrieblichen Frauennetzwerks und entwickelte bei ABB ein Konzept zur Frauenförderung.



Foto: Kristina Jentzsch

Beruf und Familie vereinbaren

Es tut sich endlich was

Der familienfreundliche Betrieb hat Konkurrenz. Lange Jahre haben Frauen gebettelt, Betriebsräte gebaggert – jetzt sind es die Unternehmen selbst, die sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahne schreiben. Weil sie feststellen: Gut ausgebildete Frauen laufen lassen, nur weil sie ein Kind aufziehen oder zwei – das rechnet sich nicht. Die weiblichen Fachkräfte werden, wenn nicht jetzt, dann sehr bald, gebraucht, und die Investitionen in die Qualifizierung sollen sich auch rentieren. Obendrein schmückt das Etikett »familienfreundlich« in der Öffentlichkeit. Also wird in vielen Unternehmen etwas getan, um Müttern – und Vätern – das Leben mit Kindern leichter zu machen. Gut hat's vor allem, wer in einem großen Konzern arbeitet.

Zum Beispiel bei **Daimler-Chrysler** in Wörth. »Sternchen« heißt das Schmuckstück dort und ist die neue Einrichtung zur Kinderbetreuung. Familienministerin Renate Schmidt, zur Einweihung im letzten Oktober eigens angereist, lobte das Projekt: »vorbildlich«. Vormittags und nachmittags werden je fünf Kinder bis zu 3 Jahren von pädagogischen Fachkräften in einer Krippe versorgt. Außerdem können maximal zehn Kinder bis zu 12 Jahren unterkommen, wenn es bei ihnen kurzfristig an der häuslichen Betreuung hapert. Der Zuspruch ist riesig. »Wir könnten die Krippe schon erweitern«, freut sich Betriebsrat Jürgen Hess.

Zu dem Daimler-Projekt »Beruf und Familie«, an dem Betriebsrat und Unternehmen drei Jahre lang gefeilt haben, gehört aber noch mehr. In einer Vereinbarung zur »Familienzeit« sind Rückkehransprüche, Qualifizierungs- und Vertretungsmöglichkeiten geregelt. Denn wer drei Jahre aus dem Beruf aussteigt und sich den Kindern widmet, braucht mehr als einen gelegentlichen Schwatz mit Kollegen, um den Anschluss im Job zu halten. Weiterbildung und die Gelegenheit, vertretungsweise zu arbeiten, bieten die besten Chancen. In einer weiteren Betriebsvereinbarung geht es darum, mehr Frauen den Zugang zum Konzern und vor allem zu technischen Berufen zu öffnen. Das alles kann nur gelingen, wenn es auch »von oben« gewollt ist. Deshalb sind die Führungskräfte, vom Teamleiter und Meister aufwärts, in die Verantwortung eingebunden.

Alles toll, findet auch Betriebsrätin Barbara Ziller, aber eine Schwachstelle hat das schöne Projekt: Den Frauen in der Produktion nutzt es wenig. Was haben sie von einer Kinderkrippe, die um 8 Uhr öffnet, wenn ihre Schicht aber schon um 6 Uhr beginnt?

Ihr Problem sind starre Arbeitszeiten. Notfälle abzufedern, wenn ein Kind Fieber hat oder die Großmutter Hilfe braucht, ist für die Frauen am Band schwieriger als für ihre angestellten Kolleginnen. In Wörth schließen sich die Frauen in der Produktion deshalb jetzt zu einem Netzwerk zusammen, um zu beraten, wie auch sie das Projekt »Beruf und Familie« für sich nutzen können.

Auch die Metallerrinnen und Metallerr bei **Airbus** in Bremen und Hamburg haben ein Projekt auf den Weg gebracht, um Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen. Sie wurden von der Hertie-Stiftung fachlich begleitet und von ihr auch »zertifiziert«, also praktisch mit einem »okay« ausgezeichnet. Am Anfang stand die Bestandaufnahme, dann wurden Ziele formuliert und Maßnahmen geplant. Der Betriebsrat kann auf vielen Feldern handeln: Arbeitszeiten, Arbeitsabläufe und Arbeitsinhalte, Weiterbildung, Service für Familien. Träumen kann man von einem Wäsche- und Bügelservice auf dem Firmengelände. Oder mehr mobilen Arbeitsplätzen. Nach dem Zertifikat geht es jetzt an die Arbeit – die guten Ideen wollen umgesetzt werden. In Nordenham geht's los: Dort werden standortnahe Kinderbetreuung und Teilzeitmodelle für die Frauen in der Fertigung im Schichtbetrieb gesucht.

Familienfreundliche Projekte können auch in kleineren Unternehmen gedeihen – das lässt sich bei **Hanning & Kahl** im ostwestfälischen Oerlinghausen bestaunen. Die 300 Beschäftigten (etwa 15 Prozent von ihnen Frauen), die hier an Bremsen und Weichen arbeiten, haben sich von der gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung ISA Consult ein praxisnahes Service-Konzept schneiden lassen. Es hat zwei Säulen: Da ist zum einen der »Notfallkoffer«, eine CD, auf der alle familiären Dienstleister in der Region verzeichnet sind. Wo finde ich einen Hort? Hat eine Tagesmutter Plätze frei? Wie sieht es aus mit Kindergartenplätzen? Kein Nachschlagen mehr, kein langes Fragen – die Antworten finden sich auf der CD. Die andere Säule ist die enge Kooperation mit allen örtlichen Stellen, die mit der Pflege von Angehörigen befasst sind. Expertinnen und Experten kommen zur allgemeinen Information in die Firma und beraten in individuellen Notlagen. Auch dieser Service kommt vor allem Frauen zu Gute. So ein »Notfallkoffer« muss gut gepflegt werden, ist aber nicht teuer und leicht von jedermann und -frau zu nutzen, weiß Susanne Dalkmann von ISA Consult. Ein kleiner Schritt zum familienfreundlichen Betrieb – egal wie groß oder klein er ist.

So könnt's gehen

Was Mütter und Väter brauchen, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, hat die Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden.

- Familienfreundliche **Arbeitszeiten**. Gleitzeit ist gut, Absprache im Team auch. Gar nicht gut: Arbeit zu unvorhergesehener Zeit, auf Abruf oder am Sonntag. Generell nicht familienfreundlich: lange Arbeitszeiten.
- **Kontakt zum Betrieb** in der Elternzeit. Angebote zu Teilzeit und Weiterbildung finden alle Beschäftigten gut, haben aber nur wenige.
- Familienfreundliche **Arbeitsorganisation**. Telearbeit, Sabbatical: Phantasie ist gefragt.

Projekte

Betriebe können viel tun

Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden – **Unterstützung gibt's hier:**

- Der DGB berät – kostenlos – kleine und mittelgroße Firmen, die sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stark machen. Infos: maria.kathmann@bvv.dgb.de oder Telefon: 030-24060-246
- Die Bundesregierung hat den Unternehmenswettbewerb »Erfolgsfaktor Familie 2005« gestartet. So heißt auch die Internetseite: www.erfolgsfaktor-familie.de Zu finden sind gute Praxisbeispiele und Infos, wie Firmen sich bewerben können.

i Infos rund um Frauenpower

- **Bücher:** Bettina Flitner und Alice Schwarzer: Frauen mit Visionen.

Knesebeck Verlag, 39,90 Euro

Antje Goy: Vernetzte Frauen – Netzwerke als Beitrag zur beruflichen Förderung von Frauen. Verlag Soziale Theorie & Praxis, 24,90 Euro

Ute Ehrhardt: Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin. Fischer Verlag, 7 Euro

- **Broschüren:** IG Metall und Transnet (Hrsg.): 1 x 1 = mehr als Eins. Stationen auf dem Weg zur Chancengleichheit, 2002 IG Metall, »Mutterschutz – Elternzeit – Teilzeit«, 2003

Faltblatt »Expertin der eigenen Arbeit«, ERA – Mitreden lohnt sich, 2004 Frauen und Männer in der IG Metall – der erste Gender-Bericht, 2003

- **Internet:** www2.igmetall.de/homepages/chancengleichheit/ www.jobfam.de

Diese Metallerrinnen machen Mut

Katrin Masuhr

Sie ist Mutter und war arbeitslos. In der Schule ihrer drei Kinder half sie bei den Hausaufgaben und brachte den Schülern Nähen und Computerkenntnisse bei. Seit 2003 ist Katrin Masuhr Metallerrin: »Man kann doch nicht einfach dasitzen. Man muss doch etwas tun.«



Foto: Kristina Jentsch

Ingrid Silberborth

Akzeptanzprobleme im Unternehmen mit überwiegend Männern? Noch nie. Die Vorsitzende des Betriebsrats bei Airbus Bremen ist auch in der IG Metall eine ganz aktive – unter anderem als Vorstandsmitglied.



Foto: privat

Renate Speidel

Die Vertrauensfrau für Schwerbehinderte kümmert sich um die Probleme aller behinderten Menschen im Bosch-Konzern. Was ihr besonders am Herzen liegt: den oft lieblosen Umgang miteinander verbessern – seien die Kollegen behindert oder nicht.



Foto: privat

Sieglinde Merbitz

Die Chefin der IG Metall Leipzig ist eine von 9 weiblichen Ersten Bevollmächtigten. In der Sachsen-Metropole kennt sie jeder: Sie vertritt nicht nur die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallindustrie, sondern engagiert sich mit viel Einsatz und Herz gegen Rechtsradikale. Motto: Leipzig zeigt Courage.



Foto: privat

Diese Metallerrinnen machen Mut



Foto: privat

Seyhan Savas

Azubi bei Thyssen-Krupp, IG Metall-Eintritt, Jugendvertreterin, Betriebsrat – eine klare Sache für Seyhan. Heute berät sie Kollegen: »Die kommen mit all ihren Problemen und erwarten viel von der IG Metall.«

Silke Schloss

Die Betriebsrätin bei Daimler-Chrysler hält Frauen fit. Alle turnen, joggen und walken auf ihr Kommando. »Die Kolleginnen wollen lieber hart trainieren als herumhüpfen.«

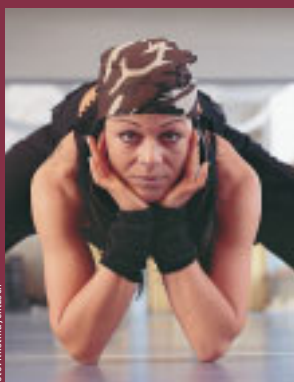


Foto: Kristina Jentsch

Renate Müller

Internationale Solidarität ist für die Betriebsrätin bei VW Kassel mehr als eine Floskel für 1.-Mai-Reden. Besonders heftig schlägt ihr Herz für Südafrika. Zeit für die IG Metall bleibt trotzdem: unter anderem als Mitglied des Beirats.



Foto: privat

Angela Vanini

Die Metallerrin und Künstlerin ist in Deutschland geboren und in Neapel aufgewachsen. Sie malt Frauenporträts und die waren auch schon im Aalener Haus der IG Metall zu sehen.



Foto: Kristina Jentsch

Mit halber Stelle ein ganzer Mann

Die Rechte der Väter

Karl Meier ist vor drei Jahren Vater geworden. Um möglichst viel zur Entwicklung seines Sohns beizutragen, beantragte der Metall-Elternteilzeit. Sein Arbeitgeber, ein großes deutsches Unternehmen, bietet diese Möglichkeit generell an. Auf 80 Prozent der Wochenarbeitszeit wollte der 37-Jährige reduzieren. Die zusätzliche Zeit mit seinem Sohn war ihm die kleinere Lohntüte wert.

Doch dann erlebte Karl Meier einen Alptraum, den viele Männer erleben, die Elternteilzeit beantragen. Statt den fristgerechten Antrag auf Elternzeit zu genehmigen, wurde er vom Personalchef vertröstet. Bei einem Termin wurde ihm zunächst ein Auflösungsvertrag nahegelegt. Dann bekam er zwar doch noch die Elternteilzeit genehmigt, aber damit war das Thema noch lange nicht vom Tisch. Sein Vorgesetzter begann ihn zu schikanieren. Alle wichtigen Termine legte er auf Meiers freien Tag. Anschließend klagte der Chef: »Immer wenn etwas Wichtiges in der Abteilung läuft, sind Sie nicht im Betrieb«. In der Folge betraute er Karl Meier mit immer weniger anspruchsvollen Aufgaben.

Karl Meier, der anonym bleiben möchte, ist kein Einzelfall.

Die Studie »Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem«, die Peter Döge vom Berliner Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung IAIZ in Kooperation mit Verdi erstellt hat, kommt zum gleichen traurigen Schluss. Zu viele Männer machen in Sachen Elternteilzeit schlechte Erfahrungen im Betrieb. »Die Reaktionen reichen von Unverständnis und Vorurteilen bis hin zu offener Diskriminierung und Marginalisierung«, sagt Peter Döge. »Unter den Kollegen und den direkten Vorgesetzten herrscht ein tendenziell konservatives Klima: Die Arbeitszeitreduzierung wird als unsolidarisch interpretiert. Ein Mann in Teilzeit gilt als arbeitsscheu. Er steht unter permanentem Rechtfertigungsdruck.«

Selbst die Betriebsräte sind laut der Studie oftmals nicht an dem Thema interessiert. Elternzeit suchende Väter sind für die meisten Betriebsräte ein »Luxusthema«. »Die Neuen Männer gehen das Thema in aller Regel alleine an«, sagt Peter Döge. »Vom Betriebsrat erwarten Sie keine Hilfestellung.« Der promovierte Politologe vermutet in den Köpfen vieler Betriebsräte die althergebrachte Vorstellung, dass als ganzer Mann nur gilt, wer einer bezahlten Vollzeitbeschäftigung nachgeht. Die Haushalts- und Erziehungsarbeit stellt nur für eine Frau eine ernstzunehmende Arbeit dar. Kein charmanter Urteil über die Arbeitnehmervertre-

ter. »Die jüngeren Betriebsräte und auch Manager mit kleinen Kindern sind da schon offener für das Thema, weil auch sie gerne mehr Zeit mit dem Nachwuchs verbringen würden«, weiß Volker Baisch. Der 37-jährige Papa von zwei Kleinkindern ist einer der Gründer vom Väterzentrum Hamburg, das seit etwa einem Jahr Ansprechpartner für Väter ist. Wie notwendig die Väter-Lobby für die Neuen Männer ist, zeigen allein schon die 200 000 monatlichen Klicks auf deren Homepage www.vaeter.de. Unter dem Titel »Man(n) teilt Zeit« berät das Team um Volker Baisch Väter und auch Paare, wie sie die Elternzeit im Betrieb durchsetzen können. »Wichtig ist dabei ein betriebsfremder Coach, mit dem man alle Aspekte beleuchten kann, ohne dass sich das Vorhaben vor schnell im Betrieb rumspricht«, rät Baisch.

»In anderen Branchen, etwa im Handel, ist es Gang und Gebe, Teilzeit zu nehmen. In unseren Betrieben war und ist dies längst noch nicht Kultur. Veränderungen in der Gesellschaft werden leider viel zu wenig wahrgenommen«, beklagt Sissi Bannos, Koordinatorin des Gender Mainstreaming-Projekts im Vorstand der IG Metall. Weniger als ein Prozent der Väter im Bereich unserer Gewerkschaft arbeitet bislang in Teilzeit. In der Gesamtwirtschaft sind es schon über fünf Prozent. »Dabei haben auch die Betriebe Vorteile von den Elternteilzeit-Vätern, weil sie im chaotischen Leben mit Kindern Fähigkeiten wie Spontaneität und Flexibilität erlernen, die sie nachher nutzbringend in den Betrieb übertragen.«

In Schweden beispielsweise werden Führungspositionen bevorzugt mit Menschen besetzt, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreut haben, weil sie diese Fähigkeiten und andere soziale Kompetenzen mitbringen. Ein Beispiel, das auch in Deutschland Schule machen sollte.

Hans Wille



Mehr zum Thema:
IG Metall zur Elternzeit: www.igmetall.de/themen/gender_mainstreaming/index.html

Väterinitiative Hamburg: www.vaeter.de
Teilzeitrechner vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: www.teilzeit-info.de

Faltblatt »Neue Chancen für Väter«, Informationen zur Elternzeit für Väter, 2002

ICH-AG'ler

sucht zuverlässigen

Bundestags- Abgeordneten

zwecks

Nebenjob

zur Vertretung
meiner Interessen

Ch-28208

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
10876 Berlin

Sehr geehrter Herr ~~_____~~

bei der Auswertung unserer Fehlzeit-Statistik haben wir mit Bedauern festgestellt, dass Ihre Fehlzeiten weit über dem Durchschnitt unseres Betriebes liegen.

Im Kalenderjahr 2004 waren Sie über 30,0 Tage arbeitsunfähig.

Aufgrund dieser Entwicklung bitten wir Sie, gemeinsam mit uns zu prüfen, ob Sie psychisch und körperlich in der Verfassung sind, den Anforderungen Ihres Arbeitsplatzes zu entsprechen.

Bitte berücksichtigen Sie auch, das übermäßige Fehlzeiten eine erhebliche Mehrbelastung für Ihre Arbeitskolleginnen/en bedeuten und sich sehr störend auf unseren Produktionsablauf auswirken.

Sicher verstehen Sie, dass Fehlzeiten in diesem Ausmaß weder für die Firma noch für Ihre Kollegen tragbar sind. Deshalb bitten wir Sie in der 2. Januar-Woche zu einem Gespräch im Personalbüro, um über Ihre Situation zu reden.

Hochachtungsvoll

~~_____~~

Aus: »DER TAGESSPIEGEL«

Schreiben der Firma »TUBEX« Rangendingen, an einen Mitarbeiter

Witzhelden Zuverlässige Haushaltshilfe mit allen vorkommenden Arbeiten im Haushalt vertraut in Dauerstellung für wöchentlich 2 x 2-3 Std. gesucht. Bei mir kann nicht »auf die Schnelle« Geld gemacht werden! Ich lege großen Wert auf 1. Pünktlich- u. Zuverlässigkeit 2. Sauberkeit 3. Rationelles Arbeiten mit Überlegung. Nach einer Einarbeitungszeit von ca. 4 Wochen würde ich dies auch honorieren. ☎ ~~_____~~

ZITAT

„Letztes Mittel sind Essensschecks, weil man ja laut Grundgesetz niemanden verhungern lassen darf.“

Aus: »Kyffhäuser Allgemeine«

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: **metall**-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



Schreib- und Zeichengeräte

Schwan-Stabilo, Heroldsberg

»Nein« zu längeren Arbeitszeiten

Der Schreibwarenhersteller Schwan-Stabilo in Heroldsberg will im Bereich Kosmetikstifte 400 Arbeitsplätze ins benachbarte Tschechien auslagern. Nach Meinung der Geschäftsleitung ist die IG Metall Schuld daran.

Wegen des Preisdrucks der Kosmetikfirmen hatte die Firmenleitung bereits 2001 beschlossen, die Fertigung von holzummantelten Kosmetikstiften nach Tschechien zu verlagern. Von den 400 Arbeitsplätzen sollten 250 durch die Hereinnahme von neuen Produkten am Stammsitz erhalten bleiben, an dem insgesamt 1300 Beschäftigte arbeiten. Darüber schloss der Betriebsrat einen Interessenausgleich und einen Sozialplan ab. Ende 2004 eröffnete die Geschäftsleitung, dass keine neuen Produkte in Sicht seien. Nur durch einschneidende Maßnahmen könnten die Arbeitsplätze gesichert werden. Diese sind: vier Stunden mehr pro Woche ohne Lohn-



Kosmetikstifte: »Auslagerung geplant«

ausgleich, Samstagsarbeit ohne Mehrarbeitszuschlag, Halbierung der Nachtschichtzulage, Abschaffung der bezahlten Pausen und etliches mehr. Klar, dass IG Metall und Betriebsrat dem nicht zustimmten. Denn die Firma hatte 2004 eines der besten Ergebnisse ihrer Geschichte vorgelegt, die Rendite von Schwan-Stabilo liegt über dem deutschen und europäischen Durchschnitt (siehe **metall**-Branchenreport 1-2/2005). Die IG Metall schlug vor, für einen gewissen Zeitraum die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich abzusenken, um möglichst viele Stellen zu erhalten. Diese Zeit sollte genutzt werden, um tragfähige Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Dieser Vorschlag wurde von der Geschäftsleitung umgehend abgelehnt. Johann Schredl vom IG Metall-Bezirk Bayern: »Das zeigt, dass es der Firma nicht um eine konstruktive Lösung geht, sondern versucht wird, die Verunsicherung auszunutzen, um in einer Art Mitnahmeeffekt die Arbeitszeit zu verlängern.« ◀

IT-Industrie

Siemens

Beschäftigung gesichert

Die IG Metall hat für über 20 000 Beschäftigte bei 37 Siemens-Niederlassungen eine mehrjährige Regelung zur Sicherung von Beschäftigung vereinbart.

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall: »Der Konzern wird bis September 2009 keine Niederlassungen schließen. Das ist ein wichtiges Signal.« Im Zusammenhang mit der Schaffung der »Regionalorganisation D«, in der Siemens die Aktivitäten des Deutschlandgeschäfts bündelt, sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Die Neustrukturierung war ein längst überfälliger Schritt, der seit Jahren von IG Me-

tall und Betriebsräten gefordert worden war. Denn das Deutschland-Geschäft stagnierte, eine verkrustete Struktur erschwerte die Kundenbetreuung und -pflege. Die Konzernleitung wollte der neuen Organisation allerdings einen alten Tarifvertrag überstülpen: den »Service-Tarifvertrag«, eine tarifliche Sondervereinbarung, der viele Beschäftigte schlechter gestellt hätte.

Falls die IG Metall dem nicht zustimme, so drohte die Siemens-Geschäftsleitung, würde die Regionalorganisation aus dem Konzern ausgegliedert und bliebe ohne tarifvertragliche Sicherung. Überdies würden Niederlassungen geschlossen und Siemens-Gesellschaften aus den

Nachbarländern auf dem deutschen Markt aktiv werden. Dagegen gab es in den Siemens-Niederlassungen in der ganzen Bundesrepublik teils heftige Proteste. Siemens musste einlenken und einem Tarifvertrag zustimmen, der im Wesentlichen den Eckpunkten entspricht, die die IG Metall-Gremien formuliert hatten. Die Kernpunkte: Die Arbeitszeit beträgt im Westen 35,8 und 38 Stunden in den neuen Bundesländern. Die Betriebsräte haben ein aktives Mitspracherecht bei der jährlichen Qualifizierungsplanung für die Beschäftigten, was praktisch bedeutet: Stellen Geschäftsleitung und Betriebsrat fest, das Qualifizierungsbedarf besteht, haben die

Beschäftigten einen festen Anspruch auf eine Maßnahme und bringen dafür 50 Stunden pro Jahr ein. Diese Vereinbarung entspricht dem Qualifizierungstarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg. Durch zwei neue Entgeltgruppen am oberen und unteren Ende der Skala wird erreicht, dass bereits ausgliederte Bereiche wieder in den Konzern zurückgeholt werden. Das bringt den Arbeitnehmern zusätzliche Sicherheit. Außerdem bleiben auch hochqualifizierte Beschäftigte innerhalb des Geltungsbereichs des Tarifvertrags. Auch festgeschrieben: die Übernahme der Auszubildenden. ◀

Erneuerbare Energien

Windkraftbranche

Klare Regeln gefordert

In der Windkraftbranche sind etwa 45 000 Menschen beschäftigt. Das schnelle und starke Wachstum in den vergangenen Jahren soll bei den Herstellern zu Defiziten in der Organisation und Personalentwicklung geführt haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hans-

Böckler-Stiftung »Branchenreport Windkraft 2004«, die im Auftrag der IG Metall erarbeitet wurde.

So sollen Mitarbeiter im Außenservice bis zu 80 Stunden pro Woche gearbeitet haben. Umso notwendiger sei es, bei der Arbeitszeit, dem Entlohnungssystem sowie dem Arbeits- und Gesundheitsschutz

klare betriebliche und tarifliche Regelungen zu vereinbaren. Wolfgang Rhode vom IG Metall-Vorstand sagt: »Es ist höchste Zeit, diese Methode des sich »Durchwurstelns« durch eine Arbeitsorganisation und Arbeitszeitmodelle zu ersetzen, die der Belastung der Beschäftigten angemessen sind.« Handlungsbedarf bestehe auch bei

der Ausbildung und Qualifizierung von Beschäftigten. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften nehme zu – schon jetzt finden Abwerbungsprozesse um die besten Arbeitskräfte statt.

Kostenloser Download des Branchenreports im Internet unter: www.igmetall.de/download ◀

Bahnindustrie

Sichere Standorte Offensive gestartet

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Transnet und dem DGB hat die IG Metall eine Offensive zur Sicherung der Standorte der Bahnindustrie gestartet. Rund 450 000 Menschen sind bei Herstellern von Schienenwegen, Straßenbahn- und Reisezug-Waggons, Schienenbussen, Lokomotiven und Signaltechnik beschäftigt.

»Die Bahn AG muss ihre Investitionen stetig und planbar gestalten«, sagte Markus Bistram, der bei der IG Metall die Bahnindustriebranche koordiniert. Dazu müsste der Bund, dem die Bahn AG gehört, seine kurzfristige Sparpolitik aufgeben und Aufträge an die Unternehmen vergeben. Das gleiche gelte für die Städte und den öffentlichen Nahverkehr, sagte Bistram. Die

Vertreter von IG Metall und Transnet wollen bei Bundestagsabgeordneten sowie bei Verbänden, Parteien und Kommunen verstärkt dafür werben, die derzeitige Blockade bei der Auftragsvergabe aufzulösen. Ihr Ziel: eine hoch innovative Branche und ihre Standorte vor unnötigen Turbulenzen bewahren. Außerdem werden Netzwerkverbindungen zu anderen Interessenvertretungen geknüpft.

Laut SCI wird der aktuelle Trend zur Ausgliederung von Produktions- und Betriebsteilen in der Branche zum Problem – zum einen, weil dabei stets auch Arbeitsplätze vernichtet werden und Know-how verloren geht, zum anderen, weil Ausgründungen auffällig oft mit der Kürzung oder Verweigerung tariflicher Leistungen verbunden sind. Infos zur Offensive und zur Bahn-

industrie gibt es beim Kollegen Markus Bistram, IG Metall-Zweigbüro, Telefon: 02 11-96 50-31 10, E-Mail: markus.bistram@igmetall.de ◀

Kfz-Handwerk

Tarifkonflikt

Run in die IG Metall

Im Kfz-Handwerk der Bundesrepublik zieht ein Tarifkonflikt herauf. Nachdem die Arbeitgeber in Ostdeutschland alle Tarifverträge für die Branche gekündigt haben, versuchen nun immer mehr westdeutsche Innungen und Verbände, sich ebenfalls aus der Tarifbindung zu verabschieden. So haben die Arbeitgeber in Rheinland-Rheinhausen die Einkommenstarifverträge gekündigt, im Saarland sogar sämtliche Tarifverträge gekündigt. Die ostdeutschen Arbeitgeber wollen den Abschluss von

Tarifverträgen einer so genannten Tarifgemeinschaft »Mitteldeutsches Kfz-Gewerbe« überlassen, mit dem Ziel, das Lohnniveau abzusenken. Inzwischen treten Beschäftigte reihenweise in die IG Metall ein. »In unseren Werkstätten gab es allein im Januar 150 Neuaufnahmen«, berichtet Wolfgang Berger von der Berliner IG Metall. Leipzig, Chemnitz und Dresden meldeten Anfang Februar Dutzende Neuaufnahmen in nur einer Woche. »Unser Arbeitgeber testete nur, ob er uns eine flexible 40-Stunden-Woche abhandeln kann«, so Detlev Schaarschmidt von Autohaus Schwerin, »sofort hatten wir zehn neue Mitglieder«. Joachim Fichtner, Betriebsratsvorsitzender im Autohaus Berlin: »Jeder Eintritt erhöht die Chance auf einen neuen Tarifvertrag.« ◀

Anzeige



Gesundheit darf kein Luxus sein.

Bessere Vorsorge. Gute Qualität in der Medizin.
Gesicherte Altersversorgung. Sozial gerechte Finanzierung.
Wir kümmern uns darum. Auch in der Selbstverwaltung.

DGB wählen!

 **sozialwahl 2005**
Mitmachen und gestalten

DGB

www.dgb.de

Stahlindustrie

Stählerne Gewinne

Die Stahlindustrie strotzt vor Kraft. Die Gewinne sprudeln, die Kassen der Konzerne füllen sich. Nur die Lohnquote, der Lohnanteil am Umsatz, sinkt seit Jahren. Sie beträgt inzwischen nur noch elf Prozent. Lohnkosten sind in der Stahlindustrie eine nachgeordnete Kostenkomponente.



Stahl-Boom ohne Ende: »Produktion an der Auslastungsgrenze«

Rekorde, so weit das Auge reicht: Noch nie wurde in einem Jahr weltweit so viel Stahl produziert wie 2004 – kurz vor Weihnachten wurde erstmals die magische Marke von einer Milliarde Tonnen übertroffen. Mittal Steel, der neue, weltweit größte Stahlkonzern, hat seinen Reingewinn im vergangenen Jahr von 1,3 auf 4,7 Milliarden US-Dollar steigern können, also mehr als verdreifacht. Und Thyssen-Krupp Stahl (TKS), der deutsche Branchenprimus, sackte allein im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres, von Oktober bis Dezember 2004, einen Vorsteuer-

Gewinn von 351 Millionen Euro ein, nach 114 Millionen Euro im Vorjahres-Quartal.

Ob Produktion, Preise oder Profit – alle Kurven zeigen steil nach oben. Und »das neue Jahr wird den Stahlherstellern erneut glänzende Gewinne bringen«, schreibt die Financial Times Deutschland. Thyssen-Krupp-Chef Ekkehard Schulz ist in der Wortwahl zurückhaltender, meint aber das Gleiche: »Die Hochkonjunktur auf dem internationalen Stahlmarkt wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen.«

China sei Dank. Das Reich der Mitte hat einen schier unersättlichen Stahlhunger. 2004 kaufte der mit Abstand größte Stahlimporteur mehr als jede fünfte weltweit produzierte Tonne Stahl. Dabei hat der volkreichste Staat der Erde innerhalb von nur fünf Jahren (1999 bis 2004) seine Rohstahlproduktion von 124 auf 273,5 Millionen Tonnen gesteigert, sprich mehr als verdoppelt. Und China verbraucht fast alles selbst. Die Volksrepublik exportiert nur halb so viel Stahl wie das Königreich Belgien.

Boom ohne Ende? Zumindest bis zu den Olympischen Spielen 2008 und der Weltausstellung 2010 brauche das Reich der Mitte noch viel Stahl, glaubt Dieter Ameling, der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Und so rauchen hierzulande die Schlote. Amelings Sprecherin Beate Brüninghaus: »Wir produzieren an der Auslastungsgrenze.« TKS-Vorstandsvorsitzender Karl-Ulrich Köhler sagt: »Wir können gar nicht alle Nachfragen bedienen.« Lieferengpässe waren keine Seltenheit. Der Rückgang der Auftragseingänge im dritten und vierten Quartal 2004 könne »durchaus mit dem Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten erklärt werden«, vermutet der IG Metall-Wirtschaftsexperte

Uwe Fink. Im vergangenen Jahr lag die Kapazitätsauslastung zwischen 90 und 92 Prozent. Mehr ist vorerst nicht drin. Auch deshalb nicht, weil Rohstoffe wie Erz, Kohle und Koks knapp bleiben. Und das ist gut so: Ein derart gefesselter Markt ist stabiler als ein von zügelloser Nachfrage getriebener Markt.

Gleichwohl fordert der Stahlboom bereits Opfer: Die Explosion der Stahlpreise bringt stahl- und metallverarbeitende Firmen in Existenznöte. Schon vor dreieinhalb Monaten teilte der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung mit, dass über 16 Prozent seiner 4400 Mitgliedsfirmen am Rande des Ruins stünden. Die kleinen Verarbeiter können die Preiserhöhungen der großen Produzenten nicht weitergeben.

Kämpfe – um Tonnen und Marktanteile – finden aber auch in der Stahlindustrie selbst statt. Wachsen wollen alle, doch ohne Kapazitätsausweitung ist das ein Unding. Fragt sich nur, wo die nötigen Kapazitäten geschaffen werden. Zurzeit sind gleich mehrere Konzerne auf Brasilien fixiert. Thyssen-Krupp plant, dort 1,3 Milliarden Euro zu investieren, ein neues Werk hochzuziehen. Friedhelm Matic, Leiter des IG Metall-Zweigbüros in Düsseldorf, nennt die Gründe: »Keine Gewerkschaft, niedrige Arbeitskosten – reines Shareholder-Denken.« Die Unternehmen entzogen sich ihrer regionalen und sozialen Verantwortung. Für Deutschland, den größten Rohstahlproduzenten in der Europäischen Union, sieht er dennoch Vorteile und damit Chancen: »Die große Kundennähe, die schnelle Verfügbarkeit hochwertiger Stähle, das Potenzial an Forschung und Entwicklung – du kriegst nicht alles globalisiert.«

Norbert Hüsson



Die Vorteile des Stahlstandorts Deutschland: »qualifizierte Mitarbeiter und Kundennähe«

Interview

»Der Boom ist keine Garantie für sichere Jobs«

metall sprach mit Willi Segerath, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Thyssen-Krupp Stahl AG



metall: Die Stahlindustrie boomt ohne Ende. Trotzdem drücken viele Unternehmen massiv die Personalkosten, auch Thyssen-Krupp Stahl. Wie passt das denn überhaupt noch zusammen?

Segerath: Natürlich erwarten wir, dass eine Unternehmensleitung den Laden wettbewerbsfähig hält, das dient auch der Arbeitsplatzsicherheit. Wir als Betriebsräte und IG Metall müssen aber darauf achten, dass nicht ausschließlich Kapitalmarktgesetze das Handeln der Unternehmensleitung bestimmen. Insofern passt es nicht zusammen, wenn Arbeitnehmer zugunsten der Aktionäre auf Einkommen verzichten sollen, schon gar nicht in Zeiten von Rekordgewinnen.

metall: Thyssen-Krupp plant in Duisburg einen neuen Hochofen – als Ersatzinvestition. Und in Brasilien soll ein komplett neues Stahlwerk entstehen. Findet das

Wachstum künftig außerhalb Deutschlands statt?

Segerath: Nein. Die Stahlindustrie hat ihren Hauptabsatzmarkt trotz Investitionen in Brasilien und China weiterhin in Europa, sie ist und bleibt sehr stark exportabhängig. Von daher kann die geplante Stahlwerksinvestition aufgrund des derzeitigen Brammenmangels durchaus einen Sinn machen. Thyssen-Krupp Stahl hat gerade in diesem Geschäftsjahr ordentlich in die inländischen Produktionsstandorte investiert. Für Thyssen-Krupp ist das Segment Steel, was Strategie und Investitionstätigkeit betrifft, vom Schmutzkind zur Prinzessin geworden.

metall: Die Konzerne fahren Rekordgewinne ein. Wachsen da die Erwartungen der Beschäftigten an die Tarifrunde 2005 in den Himmel?

Segerath: Das glaube ich nicht. Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten aber diesmal eine angemessene Beteiligung an den erzielten Gewinnen in der Stahlindustrie.

metall: Die nächste Tarifrunde ist bekannt-

lich immer die schwierigste. Was erwartest du wirklich?

Segerath: Dass wir es hinbekommen, sowohl die Preissteigerung als auch den Produktivitätszuwachs auszugleichen. Zusätzlich sollten wir einen wie auch immer geteilten Anteil an den Stahlgewinnen herausholen und im Rahmen der anstehenden Kostensenkungsprogramme etwas für die Beschäftigungssicherung tun. Das kann aber nur gelingen, wenn sich die Belegschaften mit unseren Forderungen identifizieren.

metall: Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, ist Ende 2004 für die westdeutsche Stahlindustrie ein Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitkonten vereinbart worden. Aus Angst vor dem Ende des Stahlbooms?

Segerath: Nicht aus Angst, sondern aus der Erfahrung heraus, dass wir frühzeitig etwas für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze auch tariflich tun müssen. Denn konjunkturelle Hochs sind kein Garantieschein für Arbeitsplätze. ◀

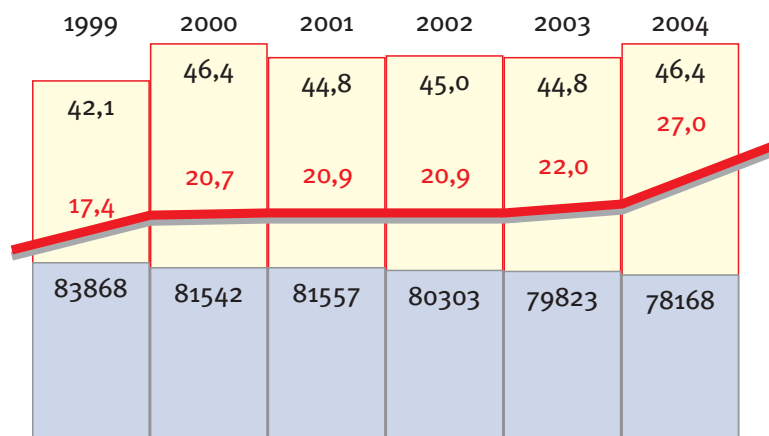
Meldung

Stahltarifrunde West 2005 IG Metall fordert 6,5 Prozent

Um 6,5 Prozent sollen die Löhne und Gehälter in der Eisen- und Stahlindustrie von Nord-Rhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen steigen. Das hat die Tariff Kommission am 16. Februar in Sprockhövel mehrheitlich beschlossen. Begründet wird die Forderung mit dem gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum (Produktivitäts- plus Preissteigerungsrate) von 3,5 Prozent und einer Beteiligungskomponente von drei Prozent, die dem Stahl-Boom Rechnung trägt. Außerdem will die IG Metall jetzt schon mit den Arbeitgebern vereinbaren, über Beschäftigungssicherung zu reden, »und nicht erst in der nächsten Krise«, erklärte NRW-Bezirksleiter Detlef Wetzels. Der neue Tarifvertrag soll ab 1. April für zwölf Monate gelten. Die erste Verhandlung findet am 17. März statt. Für April sind bereits drei weitere Runden terminiert. ◀

Von Rekord zu Rekord – mit immer weniger Menschen

- Entwicklung von Umsatz (in Milliarden Euro)
- Rohstahlerzeugung (in Millionen Tonnen)
- Beschäftigung, Stahlindustrie 1999 – 2004 (Hochrechnung)



Die deutschen Hüttenwerke produzierten 2004 so viel Rohstahl wie noch nie seit der Wiedervereinigung: 46,41 Millionen Tonnen. Das war sogar mehr als im Rekordjahr 2000 (46,38 Millionen Tonnen).

Bildungsurlaub

So sichere ich mir mein Recht auf Lernen

Fast jeder hat Anrecht auf Bildungsurlaub. Doch die wenigsten nutzen diesen Anspruch. **metall** zeigt in 5 Schritten, wie sich der Bildungsurlaub verwirklichen lässt.



Illustration: Martina Fosshag

Bildungsurlaub – das klingt für viele unerreichbar. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trauen sich erst gar nicht ihn zu beantragen. Andere haben Bedenken: Wer übernimmt meine Vertretung? Lässt mich mein Chef überhaupt gehen? Wie bekomme ich eine Zusage. Was muss ich familiär organisieren, wenn ich einige Tage nicht Zuhause bin?

»Leider lassen viele ihren Bildungsurlaub verfallen, aber wer einmal auf den Geschmack gekommen ist, kommt immer wieder«, weiß Ulrike Schröder, Leiterin des Ressorts Bildungsorganisation beim IG Metall-Vorstand.

Die Idee, die hinter dem Bildungsurlaub steckt: Er soll eine Freistellung von der Arbeit ermöglichen, um sich politisch und beruflich weiterzubilden. Bildungsurlaub ist also kein überflüssiger Luxus, sondern eine wichtige Lernzeit. »Eine Lernzeit, um am Ball zu bleiben, aber auch die eigenen Interessen im Arbeitsleben besser vertreten zu können«, betont Ulrike Schröder. Der Bildungsurlaub soll die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch für künftige Anforderungen wappnen und soll eine Mög-

lichkeit sein, Neues zu lernen. In fast allen Bundesländern gibt es Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr oder zehn Tage in einem Zeitraum von zwei Jahren. Lediglich in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen gibt es kein Bildungsurlaubsgesetz. Beschäftigte können sich für anerkannte Bildungsurlaubsseminare von der Arbeit freistellen lassen und werden auch weiterbezahlt. Viele Seminare der IG Metall sind im Sinne der Bildungsurlaubsgesetze anerkannt.

Die fünf Schritte zum Bildungsurlaub

► 1. Seminarangebote sichten

Was gibt es? Was will ich? Angebote gibt es in den Verwaltungsstellen und auf der IG Metall Internetseite.

► 2. Unterlagen besorgen

Die Unterlagen sollten etwa sieben Wochen vor Beginn der Veranstaltung vorliegen, damit noch rechtzeitig – unter Einhaltung der Mindestfrist von sechs Wochen – der Antrag beim Arbeitgeber gestellt wird.

Dafür ist ein Seminarprogramm erforderlich, das Ziel-

gruppe, Lernziele und Lerninhalte sowie den zeitlichen Ablauf beschreibt. Auch ein Nachweis über die Anerkennung der Veranstaltung muss erbracht werden.

► 3. Antrag auf Bildungsurlaub beim Arbeitgeber stellen

Dieser Antrag muss mindestens sechs Wochen vor Beginn des Seminars beim Arbeitgeber eingegangen sein. Der Antrag muss schriftlich gestellt werden. Er muss beinhalten, dass die Freistellung nach dem Aus- und Weiterbildungsgesetz beansprucht wird. Außerdem muss der Zeitraum genannt werden. Ferner müssen Programmheft sowie ein Nachweis über die Anerkennung der Bildungsveranstaltung beigelegt sein.

► 4. Nach drei Wochen die Reaktion des Arbeitgebers prüfen

Die Frist für die Reaktion des Arbeitgebers beträgt drei Wochen, gerechnet ab Eingang des Antrags beim Arbeitgeber. Genehmigt er Bildungsurlaub, gibt es keine Schwierigkeiten. Lehnt er aus zwingenden betrieblichen Gründen ab, muss der Bildungsurlaub verschoben werden. Wichtig dabei ist: Der Anspruch auf Bildungsurlaub verfällt nicht.

► 5. Nach der Veranstaltung: Teilnahme nachweisen

Der Seminarveranstalter stellt eine solche Bescheinigung aus. Die Bescheinigung muss umgehend beim Arbeitgeber eingereicht werden. Sie dient als Nachweis der Teilnahme am Seminar. Bei Problemen helfen Betriebsrat und Verwaltungsstellen. ◀

Susanne Rohmund

i Mehr Informationen rund um den Bildungsurlaub gibt es auf

www.igmetall.de/bildung/gesetze/bildungsurlaubsgesetz.html

Oder das IG Metall »Bildungsprogramm« anfordern bei Reinhard.Heilmann@igmetall.de

Viele Seminare der IG Metall sind als Bildungsurlaubsseminare im Sinne der Bildungsurlaubsgesetze der einzelnen Bundesländer anerkannt. Auch Nicht-IG Metall-Mitglieder können grundsätzlich an IG Metall-Seminaren teilnehmen. Hilfestellung bei der Freistellung und Auskünfte zu Anerkennungsnummern geben die IG Metall-Verwaltungsstellen in den Regionen oder die Bildungsbeauftragten in den Betrieben.

Tipps

Altersteilzeitler

Beiträge werden erstattet

Mit Urteil vom 25. August 2004 (Aktenzeichen: B 12 KR 22/02 R) hat das Bundessozialgericht entschieden, dass Altersteilzeitler in der Freistellungsphase nur den ermäßigten Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenkasse zahlen müssen (siehe **metall** 1-2/2005). Die zu unrecht erhobenen Beiträge müssen dem Versicherten und dem Arbeitgeber zurück erstattet werden. Der Erstattungsantrag muss bei der zuständigen Krankenkasse gestellt werden. Die IG Metall empfiehlt Arbeitnehmern, die sich nicht sicher sind, ob sie den überzahlten Beitragsanteil von ihrem Arbeitgeber zurück erhalten werden, weil dieser noch keinen Erstattungsantrag gestellt hat, bei ihrer zuständigen Krankenkasse zurückzufordern.

Einen Antragsvordruck hat die IG Metall auf ihrer Homepage bereit gestellt: www.igmetall.de/recht_und_rat ◀

CD-ROM

BfA-Renten-Rechner

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) bietet eine CD-ROM zur Rentenberechnung an. Ein so genannter Vorsorge-Rechner ermittelt aus Geburtsdatum und gewünschtem Rentenbeginn, ob und mit welchen Abschlägen ein Rentenbezug grundsätzlich möglich ist. Das Programm soll leicht verständlich sein.

Die aktuelle Version berücksichtigt die zurzeit geltenden gesetzlichen Regelungen, Bemessungsgrundlagen und Werte. Damit die wichtigsten Begriffe aus dem Rentenrecht kein Rätsel bleiben, gehört neben den Gesetzestexten auch ein Rentenlexikon zum Programm. Eine Videohilfe unterstützt den Anwender in jeder Arbeitssituation optimal. Zusätzlich zur Rentenberechnung kann jetzt auch eine Vorsorgeanalyse vorgenommen werden. Hierbei können bereits vorhandene und zu erwartende Absicherungen – wie betriebliche Altersversorgungen oder private Absicherungen – berücksichtigt werden.

Die CD-ROM mit dem Rentenberechnungsprogramm für Windows kostet inklusive Porto 9,95 Euro. Bestellungen können telefonisch, schriftlich oder online gemacht werden: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Telefon 030-86 52-45 36, Telefax 030-86 52-70 89, E-Mail: bestellservice@bfa.de, Internet: www.bfa.de ◀

Bildung und Beruf

»IAB-Glossar Englisch«

Was burnout heißt, weiß fast jeder. Doch wie übersetzt man Zweiter Bildungsweg ins Englische? Hilfe bietet das »IAB-Glossar Englisch«, das vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) herausgegeben wurde. Rund 15 000 Begriffe aus der Wirtschaftstheorie, Wörter des allgemeinen Sprachge-

brauchs mit Sonderbedeutungen sowie sozialrechtliche, bildungs- und gesellschaftspolitische Begriffe werden auf 1 277 Seiten erklärt. Neben den jeweiligen Übersetzungen enthält es Erklärungen und Beispielsätze, die die englischen Wortverwendung »glossieren«, also erläutern.

Der »IAB-Glossar Englisch« kann über die Bundesagentur für Arbeit, Geschäftsstelle für Veröffentlichungen, 90327 Nürnberg, Telefax 09 11-179 11 47, E-Mail: service-haus.veroeffentlichungen@arbeitsagentur.de, ISBN: 3-00-014822-1, bezogen werden. Die Schutzgebühr beträgt 30 Euro. ◀



Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45, Fax 069-66 93-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24, Fax 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64295 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** als word- oder pdf-Datei erhalten. Bestellung bei: edith.hackenberg@igmetall.de

Urteile

Kündigungen

In einem Antrag auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses nach Paragraph 9 Kündigungsschutzgesetz darf sich der Arbeitgeber auch auf Gründe berufen, mit denen er schon vorher eine – erfolglos – ausgesprochene Kündigung gerechtfertigt hat. Er muss dann aber durch zusätzliche Fakten belegen, dass eine gute Zusammenarbeit nicht mehr zu erwarten ist.

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) – 1 BvR 1944 vom 22. Oktober 2004

Zeitverträge

Nach der Neufassung des Paragraphen 14 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) sind auch in Kleinbetrieben und in den ersten sechs Beschäftigungsmonaten Befristungen ohne sachlichen Grund unzulässig, wenn mit

demselben Arbeitgeber schon vorher ein Arbeitsverhältnis bestand.
Bundesarbeitsgericht (BAG) – 2 AZR 690/02 vom 6. November 2003

Entgeltfortzahlung

Wird ein übernommener Auszubildender krank, entsteht keine neue vierwöchige Wartezeit für den Anspruch auf Entgeltfortzahlung (Paragraph 3 Abs. 3 Entgeltfortzahlungsgesetz). Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis werden als eine Einheit behandelt.
BAG – 5 AZR 436/02 vom 20. August 2003

Befristungen

Nach Paragraph 15 Abs. 5 TzBfG kommt ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit zustande, wenn Arbeitnehmer nach der Befristung weiterarbeiten und der Arbeitge-

ber dem nicht unverzüglich widersprochen hat. Ein Widerspruch kann schon vor dem vereinbarten Vertragsende erklärt werden. Bietet der Arbeitgeber nur einen befristeten Anschlussvertrag an, führt die Weiterarbeit auch dann nicht zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis, wenn kein neuer Zeitvertrag zustande kommt.

BAG – 7 AZR 629/03 vom 5. Mai 2004

Massenentlassungen

Plant ein Arbeitgeber Massenentlassungen, muss er das der Agentur für Arbeit vorher anzeigen (Paragraph 17 Kündigungsschutzgesetz). Hat er keine oder eine fehlerhafte Anzeige gemacht, sind die Entlassungen nicht zulässig.

BAG – 2 AZR 79/02 vom 18. September 2003

Tipps

Arbeitslosengeld II
Ratgeber in Türkisch

Zahlreiche Informationen und Tipps für türkische Mitbürger, die Arbeitslosengeld II beziehen oder in Zukunft davon betroffen sein werden, enthält der Ratgeber »Arbeitslosengeld II – Tipps und Hilfen des DGB; türkisch« vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Darin werden unter anderem die finanziellen Grundlagen des Gesetzes sowie Hinweise zu den Integrationshilfen, die die Arbeitsämter den Arbeitslosen anbieten sollen, erläutert. Der Ratgeber kostet – frei Haus – 3,50 Euro. Bestellungen sind zu richten an: Toennes Druck + Medien GmbH, Niemannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath, Telefon 02 11-9 20 08 20. Oder über den Online-Bestellservice des DGB unter: www.dgb.de/service/publikationen. ◀

Seniorenreise
Wer will mit in die Schweiz?

Der Arbeitskreis Senioren der IG Metall in Dresden will vom 10. bis 14. Mai 2005 mit dem IGE-Nostalgie-Espresszug »Euro-train« durch die Schweizer Bergwelt reisen. Neben Fahrten mit zwei weiteren Sonderzügen, dem Bernina-Express von Davos ins italienische Tirano sowie dem Glacier-Express von Davos nach Zermatt. Die Unterbringung erfolgt in einem Drei-Sterne-Hotel. Für IG Metall-Mitglieder kostet die Reise 735 Euro. Darin enthalten sind vier Übernachtungen, davon zwei in Davos und zwei in Zermatt, inklusive Frühstück und Abendessen. Ausführliche Informationen können über Kollegen Siefried Richter, Haupt-

straße 29, 01097 Dresden, Telefon/Telefax 0351-8 04 53 71 erfragt werden. ◀

Internet

www.gutearbeit-online.de
Die Zeitschrift »Gute Arbeit« (vormals: »Arbeit & Ökologie-Briefe«) informiert monatlich über Neuigkeiten aus dem Arbeits-, Gesundheits- und betrieblichen Umweltschutz – auch aus der Branchen Metall, Elektro, Holz, Kunststoff und Textil. ◀

www.igmetall.de/themen/gutearbeit/publikationen
Kostenloser Download des Schwarzbuchs »Krank durch Arbeit. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr« vom IG Metall-Projekt »Gute Arbeit« ◀

Anmerkung der Redaktion

Aufgrund einiger Nachfragen zum Steuer-Ratgeber 2004 in **metall** 1-2/2005 hat die Redaktion falsche oder irreführende Formulierungen überprüft und entsprechend korrigiert.

Die entsprechenden Änderungen und weitere, zusätzliche Informationen sind im Internet zu finden unter www.igmetall.de/metall/hintergrund ◀

Anzeige

Für Leserinnen & Leser
der **metall**

sowie für alle Mitreisenden

Mediterrane
Träume

3-Sterne-Schiff MS Aquamarine

Frankreich, Spanien, Gibraltar und Marokko

8 Tage Kreuzfahrt Vollpension Busan-/abreise und Zwischenübernachtung im Wert von € 130,- inkl.

Urlaub vom Feinsten zu sensationellen Vorteils-Preisen!

Sie sparen bis zu € 500,-
2 Kinder kostenfrei!

Pro Person ab Euro

499,-

Inklusivleistungen:

- Busan-/abreise (1 Tag vor Kreuzfahrtbeginn) nach/von Genua inkl. Übernachtung u. Frühstück
- Kreuzfahrt laut Programm in der gebuchten Kabinenkategorie
- 24-Stunden Kabinenservice
- Ein-/Ausschiffungsgebühren, Hafengebühren
- Vollpension an Bord: Frühstück, Mittagessen, Nachmittagskaffee, Abendessen und Mitternachtsbuffet
- Gepäcktransport bei Ein-/ Ausschiffung
- Kostenlose Benutzung der Bordeinrichtungen im Passagierbereich
- Unterhaltungsprogramm, Bordveranstaltungen
- deutschsprachige Bordreiseleitung
- Reisepreissicherungsschein

Nicht eingeschlossene Leistungen:
Landausflüge, Trinkgelder, Getränke an Bord.

Weitere Kabinen auf Anfrage!

Max. 2 Kinder bis 17,9 J. frei mit 2 Vollzahlern in der Kabinenkategorie KJ, KH, KF, KC. Max. Beleg. beachten.

Für diese Reise benötigen Sie einen gültigen Reisepass. Änderungen des Reiseverlaufs bleiben vorbehalten.

Wir verlängern Ihren Sommer – auf dem klassischen Kreuzfahrtschiff MS Aquamarine können Sie während der besonders reizvollen Route die unterschiedlichsten Kulturen, den exzellenten Service an Bord, die frische Seeluft und natürlich die mediterrane Sonne genießen. Machen Sie Ihre mediterranen Träume wahr!

Ausstattung: Restaurant mit 600 Plätzen (2 Sitzungen), 2 Swimmingpools, Beautysalon, mehrere Lounge, Duty Free Shop, 2 Cafes, Casino, Fitnesscenter, Massage/ Sauna, Tischtennisplatten, Hospital.

Kabinen: Dusche/WC, Safe, Waschbecken, Klimaanlage.

Bordinformation: Internationales Publikum, internationale Küche mit mediterranen Akzenten, Kleidung tagsüber leger, abends sportlich/elegant, zu besonderen Anlässen festlich, 24-h-Kabinenservice. Bordwährung: Euro. Kreditkarten: MasterCard, VISA, American Express, Travellercheques.

Landausflüge fakultativ an Bord buchbar (nicht im Reisepreis enthalten).

Route: Westliches Mittelmeer, 8 Tage/7 Nächte ab/bis Genua, Juni, Oktober 2005

- | | | | |
|--------|-----------------------------------|--------|-----------------------------------|
| 1. Tag | Genua/Italien | 5. Tag | Tanger/Marokko, Gibraltar/ Großb. |
| 2. Tag | Marseille/Frankreich, | 6. Tag | Ibiza/Balearen/Spainien |
| 3. Tag | Palma de Mallorca/Balearen/ Spa. | 7. Tag | Barcelona/Spainien |
| 4. Tag | Almeria/Spainien, Malaga/Spainien | 8. Tag | Genua/Italien |

Termine und Preise pro Person in €
8 Tage/7 Nächte ab/bis Genua
EDV-Code: GOA005Z | Kennziffer: 6124

Termine:
04.06. - 11.06.2005
08.10. - 15.10.2005
15.10. - 22.10.2005

Kat.	Kabinentyp	Deck	Special Preis p. P. in €	Regulärer Preis p. P. in €
KJ	4-Bett innen	A	499	-
KJ	3-Bett innen	A	539	-
KF	4-Bett außen	B	569	-
KH	3-Bett innen	Main	589	-
KF	3-Bett außen	A	629	-
KL	2-Bett innen	B	649	845
KJ	2-Bett innen	A	689	985
KG	2-Bett innen	Promenade	759	1.140
KE	2-Bett außen	B	819	1.280
KC	2-Bett außen	A	869	1.370

Einzelkabinenzuschlag 50%



DER REISEPARTNER
DER GEWERKSCHAFTEN SEIT 1961

01805 - 00 11 20 (12 Ct./Min.)
Täglich von 08:00 bis 22:00 Uhr

www.dgb-reisen.de

Veranstalter: DGB-Reisen GmbH



Foto: Cordula Giese

Wann endlich kehrt « die Vernunft zurück in die deutsche Wirtschaftspolitik?» »»

Der Nationalökonom Albrecht Müller über das Standortgejammer der deutschen Wirtschaft und warum Steuersenkungen für Unternehmen nichts für das Wachstum bringen.

Anfang Februar wurden über fünf Millionen registrierte Arbeitslose gemeldet. Die deutsche Wirtschaft stagniert. Sie leidet nachweisbar unter der Schwäche der sogenannten Binnennachfrage, die wesentlich aus der schwachen Lohnentwicklung folgt. Seit 1980 sind die Netto-Real-Einkommen je Arbeitnehmer, also das, was zum Einkauf bleibt, um insgesamt nur 1,8 Prozent (!) gestiegen.

Das ist die Diagnose. Und was ist die Antwort des zuständigen

Ministers auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit? Bei Sabine Christiansen meinte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, um den Standort wettbewerbsfähig zu halten, sollten wir die Unternehmensbesteuerung absenken. Also noch eine Reform, und wieder einmal zugunsten der oberen Einkommen. Wirkt die Medizin nicht, dann wird die Erhöhung der Dosis verlangt. Mit der Logik wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge hat dies nichts zu tun. Es ist einfach die Fort-

setzung der schon bisher nicht zu begreifenden Politik der Steuergeschenke für die Bessergestellten und die großen Kapitalgesellschaften, die mehr und mehr den Staat und dabei vor allem die Gemeinden handlungsunfähig macht.

Die Tabelle links zeigt eine Auswahl der Steuergeschenke von Kohl bis Schröder. Sie waren immer schon mit der Erwartung »verkauft« worden: wenn die Steuern gesenkt würden, dann springe Produktion und Investition an. Nichts davon ist eingetreten.

Warum sollten Unternehmen investieren und mehr produzieren, wenn sie nicht mehr Umsatz erwarten können? Selbst solche einfachen Regeln der Ökonomie begreifen unsere Spitzenpolitiker parteiübergreifend nicht. Sie glauben oder geben vor zu glauben: Wenn die Unternehmer weniger Steuern auf ihre Gewinne zahlen müssen, dann investieren sie und produzieren mehr. Fachleute außerhalb unseres Landes wundern sich über die hier erkennbare Unfähigkeit der in Deutschland Verantwortlichen, die Konjunktur pragmatisch und erfolgreich zu steuern. »Die deutsche Wirtschaft schwächelt nun schon seit einer Dekade. Wenn ich ein Manager wäre, würde ich meine Produktion auch nicht ausweiten,

solange die Märkte nicht erkennbar expandieren,« meinte der Nobelpreisträger für Ökonomie Robert Solow in einem Interview mit der »Wirtschaftswoche«. Makropolitik – das ist die Politik zur Steuerung der Konjunktur – beherrsche vermutlich niemand perfekt. »Aber mir scheint offensichtlich: in Deutschland könnte man sie wesentlich besser machen.«

Man könnte sie besser machen. Das hieße konkret: Der Staat muss in der jetzigen Konjunkturkrise gegensteuern. Er muss die Binnennachfrage mit eigenen Programmen anregen, statt sie mit weiteren Sparmaßnahmen noch mehr abzuwürgen. Er muss in der jetzigen Situation zu besseren Löhnen ermuntern statt die Lohndrückerei mitzumachen und zu stützen, die zurzeit in Deutschland bittere Mode geworden ist. Wer ein bisschen Ahnung hat von Wirtschaftskonjunkturen, weiß, dass die Hälfte Psychologie ist. Er muss also Mut machen zum Geldausgeben. Er muss aufhören, den Standort Deutschland und seine Strukturen schlecht zu reden.

Genau dies aber tun die sogenannten Reformer unentwegt. So auch jetzt wieder, wenn ihnen bei der Nachricht über die Rekordarbeitslosigkeit nur einfällt, die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland

Arbeitgeber-Entlastungen in den letzten 20 Jahren

1. Streichung der Vermögenssteuer
2. Streichung der Gewerbesteuer
3. Kürzung der Körperschaftsteuer
4. Erlass der Besteuerung der Gewinne bei Verkauf von Unternehmensteilen
5. Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent
6. Amnestie für Steuersünder
7. Korrektur des Halbeinkünfteverfahrens zugunsten der Versicherungswirtschaft = rund 5 Milliarden Euro Steuererlass

**Nach neoliberaler Theorie müssten die Investitionen »brummen«.
Doch wo sind die Erfolge geblieben?**

Lebenslauf und aktuelles Buch von Monatsökonom Albrecht Müller



Sein Lebenslauf

Albrecht Müller, geboren 1938, studierte Nationalökonomie und war Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. Von 1973 bis 1982 war er Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Albrecht Müller lebt als Publizist, Unternehmens- und Politikberater in der Südpfalz.

Sein aktuelles Buch:

»Die Reformlüge«
40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren

Droemer Verlag, 416 Seiten, 19,90 Euro

ISBN 3-426-27344-6

Dazu die »Frankfurter Rundschau«: »Ein Reformbuch, das wir brauchen.«

Seine Webpage:

www.nachdenkseiten.de

sei mit 38 Prozent zu hoch. Das ist die nominelle Steuerbelastung. Die tatsächliche Belastung, also nach Berücksichtigung verschiedener Abzugsmöglichkeiten, liegt bei rund 22 Prozent und damit unter der des Durchschnitts der 15 alten EU-Länder (29,8 Prozent), und beispielsweise von Frankreich (39,1 Prozent) und Großbritannien (35,1 Prozent). Sie reden nicht über die Qualitäten und Vorteile unseres Landes. Sie überzeichnen stattdessen Belastungen und angebliche Nachteile wie im konkreten Fall die nominell hohe Unternehmenssteuerbelastung.

Würden sie unserem Land Gutes tun wollen, dann müssten sie seine Qualitäten preisen. Sie müssten beispielsweise vom vergleichsweise hohen Ausbildungsstand und von der guten Infrastruktur, die ja die Gegenleistung für die Steuern darstellt, reden. Auch der deutsche Wirtschaftsminister müsste wissen, dass die Steuerbelastung noch nicht sehr viel sagt über die wirtschaftliche Qualität und den Erfolg eines Landes. Auch ihm müsste das Beispiel Schweden zu denken geben. Dort liegt die Steuerbelastung weit über der unseren. Schwedens reales Wirtschaftswachstum liegt dennoch seit zehn Jahren weit über dem EU-Durchschnitt, im Jahre 2004 bei vier Prozent.

Schwedens Finanzminister will die Steuern sogar noch erhöhen, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stagniert dagegen seit Jahren und erreichte im letzten Jahr gerade mal 1,6 Prozent und im Durchschnitt aller Jahre seit 1992 gerade mal 1,3 Prozent – und das trotz der beschriebenen massiven Steuer-senkungen für Unternehmen und die Bessergestellten. Offenbar ist diese Politik nicht nur ungerecht; sie ist auch unvernünftig, weil sie uns nicht aus der wirtschaftlichen Krise hilft. ◀

Jetzt neu

metall und direkt 2004 – komplett auf CD-ROM



Mit Passwort für das
metall-Online-Archiv
im Internet

Artikel	Artikel-Nr.	Einzelpreis	Anzahl	Summe
CD-ROM 2004	111-7691	9 Euro*		
CD-ROM im Doppelpack 2003/2004**	1880-7695	12 Euro*		
Dreierpack CD-ROM 2002/2003/2004**	1881-7696	15 Euro*		
* zuzüglich Versandkosten ** solange Vorrat reicht				Gesamtpreis*

► Die CD-ROM enthält:

alle **metall**-Ausgaben des Jahrgangs 2004 einschließlich:
► Regional- und Lokalseiten

alle **direkt**-Ausgaben des Jahrgangs 2004 mit:

► Grafiken ► Sonderausgaben

außerdem alle Ausgaben des Jahrgangs 2004 von:

► IT-Magazin ► Branchenmagazin **Kfz-Handwerk**.

Auf der CD-ROM: Inhaltsverzeichnis und Volltextsuche. Software Acrobat Reader 6.01. Alle Seiten können im Originallayout ausgedruckt werden. Die CD-ROM läuft unter Windows 9X oder höher/NT und Mac.

► Bestellungen an:

IG Metall-Vertrieb, Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main,
E-Mail: vertrieb@igmetall.de, Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38,
Internet: www.igmetall.de/metall/vertrieb/cdrom.html

► Lieferung gegen Rechnung

Monatsrätsel...

italienisch: vorwärts!	Gesichtsmaske Arbeitszeit			griechische Vorsilbe für: gegen	Internat. Fußballverband (Abk.)	Bezeichnung für: Lehrling (Kurzform)	französl. Stadt an d. Garonne		Stadt in den Niederlanden
				13		niedere Wasserpflanze			14
				lustiger Unfug Kopf (frz.)	16		Autokennzeichen von Erding Edelgas		
Viehhüter Rockoper von Lloyd Webber				9		Stadt in Westfalen Sommer (frz.)			17
				Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft	Autokz. v. Ebersberg Berliner Platz (Kzw.)		10	bloß, nicht mehr als	
				20					
italienisch: drei		Haltestelle TV-Kinderkanal (Abk.)		15					Hauptstadt des Irans
					19		eingefräste Rille Arnozufluss		12
Speisefisch leichtes Beiboot				7	Kurven der Hirnströme (Abk.)	südd. Wort für: Straßenbahn		Skatwort Opferisch	
					Sonderzubehör ehem. Kirchenstraße				Farbe des Flieders
							11		
Sekunde (Abk.)					Sumpfvogel				
Bienenzellenbau				4	schweizer, Bergmassiv			6	18
Programmsymbol auf dem PC-Bildschirm		Stadt in Indien Flüsschen in Baden					Zollkz. am Lkw (Abk.) unverfälscht		
						5			
				Antilopenart engl. sächsl. Fürwort					2
				3					
Bienenprodukt oriental. Kappe						radioaktives chem. Element			
						1			
				Lebewesen, Kreatur					
				8					

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben
und bis 31. März 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Dezember: Erprobungsphase

Diesen Monat verlosen wir
unter den Einsendern der
richtigen Lösung wieder

**Der Zusatzgewinn
im Dezember:**

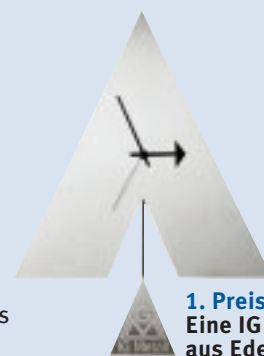
Je ein IG Metall-Fußball
geht an:

Hedwig Wienhold, Leipzig
Manfred Hausner, Rohrdorf

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

► **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

Hauptpreise:



1. Preis:
Eine IG Metall-Wanduhr
aus Edelstahl



2. Preis:
Ein original
Steiff-Teddy
»Petsy«



3. Preis: Ein Multi- Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel... Teil 3

1	2	3	4
DI	AL	EV	S
OL	E	DE	RG
EG	TE	E	LU

Die Balken sind etwas durcheinander geraten. Stellen Sie sie in richtiger Reihenfolge auf, damit Sie dann, fortlaufend in drei Zeilen, den dritten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels ablesen können.

Lösungsspruch Teil 10 bis 12:

Wenn ein Buch und ein Kopf zusammenstossen
und es klingt hohl, muss es nicht das Buch sein.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus
Teil 1-2 und 3 auf eine Postkarte schreiben
und bis 31. März 2005 einsenden an:

Redaktion **metall**, Preisrätsel,
60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinanderfolgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** und einen von **zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg** im Wert von **25 Euro** gewinnen, gestiftet von der **BHW-Leben**. Und als weiteres Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **51 Euro**.

Die **ACE**-Klubmitgliedschaft gewinnt:
Herbert Hübner, Mülheim an der Ruhr

Unsere **Gewinner** des Drei-Monats-Rätsels
Teil 10 bis 12:

1. **Preis:** Hermann Giesecke, Wolfsburg
2. **Preis:** Hans-Joerg Lack, Bottrop
3. **Preis:** Ralf Hemmer, Dortmund

Zu Besuch bei . . .

Wolfgang Becker

Wolfgang Becker, früher IG Metall-Bevollmächtigter in Karlsruhe, reiste im Januar in das vom Tsunami zerstörte Ferienparadies Sri Lanka und half vor Ort.

metall-Autorin Heide Platen traf ihn nach seiner Rückkehr in Pfinztal-Berghausen



Foto: dpa

Wolfgang Becker in Sri Lanka: »Grundausrüstung für einen Haushalt«

Selten ging etwas so schnell. Und so anders als geplant. Am 26. Dezember 2004 verwüsteten Seebeben und Flut die Küste von Sri Lanka, schon am 31. Dezember stand der Spendenaufruf der IG Metall Karlsruhe im Internet. Für den 8. Januar hatten Wolfgang Becker (65) und seine Frau Rosita, wie seit über 15 Jahren, ihre Reise an die Südwestküste der Insel gebucht.

Abzusagen wäre ihnen nicht in den Sinn gekommen. Im Gepäck hatten sie diesmal allerdings keine Strandkleidung, sondern über 100 Kilo Kindersachen, Babyflaschen, Schuhe. Und dazu in Windeseile gespendete 9000 Euro Bargeld. Vier Wochen blieben sie, verteilten die Spenden gezielt an betroffene Familien. Schon vor der Katastrophe hatten sie rund um Bentota keine Luxusferien gemacht, sondern die Lebensbedingungen hinter Palmen, Hotelkulissen und Traumstränden gesehen.

Die Beckers unterstützten zwei Familien auf Sri Lanka. Das Ehepaar gab außerdem Schulgeld für die Kinder. Sie spendeten für Zement und Holz zum Hausbau. So kommt wenigstens das Nötigste zusammen. Rosita Becker: »Die Leute sind so arm.« Wolfgang Becker hat die kärglichen Hütten aus Holzresten und Plastikplanen fotografiert, um zu zeigen, wofür das Geld gebraucht wird. Rosita Becker deutet über die Terrasse ihres

Hauses in Pfinztal-Berghausen, südwestlich von Karlsruhe: »Unser Gartenhäusle ist größer.« Die erste Rundreise durch das Katastrophengebiet erschütterte das Ehepaar. Sie sahen Schutt und Trümmer: »Das ist uns sehr nahe gegangen.« Zwar war die Grundversorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln gesichert, aber in den abgelegenen Orten fehlte es sonst »an wirklich allem«. Viele Menschen campierten auf den Grundplatten ihrer weggeschwemmten Häuser oder in notdürftigen Zelten. Alleine, ohne Hilfe, das war Beckers schon vorher klar, würden sie gegen die Not nichts ausrichten können. Sie nutzten ihre Kontakte, ließen sich erklären, was wirklich gebraucht wurde und einen einheimischen Freund einkaufen: »Vieles musste in kleinen Läden zusammengesucht werden und ist da billiger als für die Touristen.« Sie versorgten 123 Familien mit den überlebensnotwendigen Utensilien, mit Kochtöpfen, Wassereimern, Schüsseln, Besteck. Mönche und Bürgermeister führten Listen. Die Beckers überwachten vor Ort, dass erst einmal nur die direkt Betroffenen versorgt wurden. Das Ehepaar half auch zwei Waisenhäusern,

einer Schule und manchmal Einzelpersonen. Vom Geld der IG Metall Karlsruhe wurde außerdem ein Katamaran, die Lebensgrundlage für mehrere Fischerfamilien, bestellt. Der Metaller Wolfgang Becker weiß, warum er helfen will. Als Sohn eines schwer kriegsversehrten Vaters lernte er im

Nachkriegsdeutschland, »was bittere Armut bedeutet«: »Das habe ich nicht vergessen.« Schon als 13-Jähriger musste er in die Lehre als Maschi-

nenschlosser in Durlach. Er ist heute noch stolz darauf, dass er sofort Metaller wurde. Mit 23 Jahren war er Betriebsrat, mit 26 Vorsitzender, saß in der Großen Tarifkommission, war zuständig für die Bildungsarbeit. Seit 1975 ist er hauptamtlich Gewerkschafter, bis zur Rente war er Erster Bevollmächtigter der IG Metall Karlsruhe und arbeitet auch nach dem Ruhestand weiter in Ehrenämtern.

Die Beckers wollen auch in den kommenden Jahren weiter für Sri Lanka sammeln. Denn für die beiden ist ganz klar: Sie helfen den Menschen auf Sri Lanka in ihrer Not und Trauer auch weiterhin. Fotos und Quittungen dokumentieren den Verbleib der Spenden. ◀

»Das Elend zu sehen. Das ist uns sehr nahe gegangen.«



»Aus Angst um seinen Arbeitsplatz macht der Kollege seinen Urlaub hier«